

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

GESELLSCHAFTEN IM KRIEG SZUSTAND

Innenansichten
aus der Ukraine
und Russland





Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Realisiert aus Mitteln der



**LOTTO
STIFTUNG
BERLIN**

IMPRESSUM

Herausgeberin: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Auflage: 500 Ex.

Fotos: Bildungswerk, Jurij Samojlow,

Anya/Wohltätigkeitsstiftung Ackermans Schwalben

Satz + Illustrationen: www.zersetzer.com ||| |||| freie Grafik

Druck: hinkelsteinDruck, Berlin

Berlin, Dezember 2023

INHALT

Einleitung	4
Dauerkriegszustand als Kraftakt	7
Von Katastrophen unter der russischen Besatzung	19
Wie sich eine Gesellschaft neu erfindet	27
Russlands stringenter Weg zum Angriffskrieg	35
Wo Moderne und Mittelalter aufeinandertreffen	41
Gezieltes Ausschalten der russischen Öffentlichkeit	51
Wie sich die Menschen in Russland zum Krieg in der Ukraine positionieren	69
An die deutsche Linke	83

EINLEITUNG

Es wäre vermessen zu behaupten, dass die vorliegende Broschüre auch nur einen Bruchteil der vielen Facetten dieses grausamen Krieges abdecken könnte. Wer will, kann sich mit in umfangreichen Texten dargelegten Analysen zu den Kriegsursachen und seinem Verlauf befassen oder mögliche – oder auch unmögliche – Nachkriegsszenarien debattieren. In Bezug auf teils extreme Preissteigerungen für Energieträger, durch Russland blockierte Getreideexporte aus der Ukraine, angehobene Verteidigungsbudgets oder die Präsenz einer signifikanten Zahl aus der Ukraine Geflüchteter bekommen auch Menschen innerhalb der Europäischen Union die Folgen des russischen Angriffskrieges zu spüren. In den hier abgedruckten Texten linker ukrainischer und russischer Autor*innen geht es jedoch explizit darum, deutschen Leser*innen Innenansichten aus beiden kriegsführenden Ländern vorzulegen.

In einem während des Krieges verfassten ukrainischen „Lied an die Russ*innen“ heißt es: „Dieses Imperium braucht Kiew und die Krim. Vielleicht erlebe ich seinen Zusammenbruch nicht mehr, aber du kannst dir sicher sein, dass mein Urenkel beim Zusammentreffen mit deinem sagt: Du bist Russe? Ok. Dann verpiss Dich.“

In diesen knappen Zeilen drückt sich das Lebensgefühl einer Generation von Ukrainer*innen aus, die sich seit bald zwei Jahren mit aller Kraft dem „russischen Kriegsschiff“ widersetzen, wie es in dem Lied heißt. Der Krieg begann bereits 2014, beschränkte sich jedoch lange Zeit auf das Gebiet des Donbas im Südosten der Ukraine. Eine Zäsur für ganz Europa markiert schließlich der 24. Februar 2022. Es ist der Tag, an dem Russland seinen großangelegten Angriffskrieg gegen den westlichen Nachbarn startet – mit ständig wechselnden vorgeschobenen Begründungen, aber einer nie nachlassenden zerstörerischen Intensität. Seither entlädt sich das Gewalt-

potenzial einer in so mancher Hinsicht gescheiterten postsowjetischen Gesellschaft in voller Wucht gegen die Bevölkerung eines Landes, die sich mehrheitlich dafür entschieden hat, dem russischen Autoritarismus die Stirn bieten.

Forderungen selbsternannter Friedensaktivist*innen nach sofortigen Verhandlungen für einen Waffenstillstand nehmen bezeichnenderweise selten oder gar keinen Bezug auf Sichtweisen und Bedürfnisse, der vom Krieg unmittelbar betroffenen Menschen. In Teilen des linken politischen Spektrums zieht man sich ohnehin gerne auf geopolitische Argumentationsmuster zurück – da gerät die Ukraine als politisches Subjekt ganz schnell in den Hintergrund. Abgesehen davon scheinen viele Anhänger*innen eines „Friedens um jeden Preis“ von reinem Wunschdenken getrieben, angesichts derzeit wenig realistischer Bereitschaft beider Kriegsparteien sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Seit Russland ganz und gar auf das Vorantreiben seiner Kriegswirtschaft setzt und trotz hoher Verluste mit militärischen Erfolgen rechnen kann, gibt es keinen Grund zur Annahme, der Kreml würde sich auf Kompromisse welcher Art auch immer einlassen.

Unbestreitbar ist: Der russische Angriffskrieg hinterlässt Spuren. Je länger er andauert, desto mehr Auswirkungen hat er auf die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse, allerdings auf sehr unterschiedliche Art. Krieg stellt für die von Raketenbeschuss betroffene ukrainische Bevölkerung einen alltäglichen Kraftakt dar, er fordert die Menschen, ja überfordert sie, andere wiederum treibt er zu Höchstleistungen an. Krieg macht auf eine Weise sprachlos oder zwingt dazu, sich persönlich und politisch zurückzuhalten, gleichzeitig verursacht er Konflikte, für die es keine Lösungen zu geben scheint.

5

Oksana Dutchak beschreibt eindrücklich die Widersprüchlichkeit des Lebens in der Ukraine unter Kriegsbedingungen, nimmt aber auch den Staat in die Verantwortung für seine Konzeptlosigkeit hinsichtlich der Frage, wie mithilfe der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine Fortführung des Krieges über einen längeren Zeitraum zu bewerkstelligen ist. Der Gewerkschafter Jurij Samojlow berichtet von den Anspannungen der Lohnarbeit, davon, wie Gewerkschaftsarbeit im Kriegsmodus funktioniert und von katastrophalen Zuständen angesichts einer nicht mehr sichergestellten Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig appelliert er an Prinzipien der internationalen Solidarität, von der er sich viel erhofft. Nadia Shevchenko stellt die enormen Leistungen ehrenamtlich engagierter Freiwilliger in fast allen Lebensbereichen in den Vordergrund und wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie ein Wiederaufbau der Ukraine nach ökologischen Grundsätzen bewerkstelligt werden kann, ohne in Verhaltensmuster der Vorkriegszeit zurück-

zufallen. Aus ihren kurzen Einblicken entsteht das Bild einer extrem geforderten, aber auch lebendigen Gesellschaft.

Im Kontrast dazu stehen die Beiträge aus und über Russland. Einige von ihnen werden hier nur unter Pseudonym veröffentlicht. Die russische Zivilgesellschaft und unabhängige Politiker*innen sind schon seit Jahren einem enormen Druck und Repressalien ausgesetzt, der Krieg verschärfte ihre Lage um ein Vielfaches. Ilya Budraitskis benennt den Krieg sogar als „einzige Daseinsform des Regimes“ und spricht von einer massenhaften Traumatisierung, die durchaus als Stütze der russischen Führung im Vorfeld der für März 2024 angesetzten Präsidentschaftswahlen fungieren kann. Asya Neverova lenkt den Blick auf bevölkerungspolitische Aspekte und die durch den Krieg begünstigte sukzessive Umsetzung eines Abtreibungsverbotes. Jurij Uschakow macht sich aus Moskauer lokalpolitischer Perspektive auf die Suche nach trotz einschneidender Restriktionen verbliebenen Optionen für eine politische Teilhabe. Nikolai Naumow unternimmt den Versuch zu verstehen, wie Menschen in Russland zum Krieg stehen und hinterfragt dabei gängige Umfragewerte. Vitaliy Bovar stellt bei Teilen der deutschen Linken ein verheerendes Unverständnis über das Wesen des russischen Regimes fest und wünscht sich von der Linken eine angemessene Antwort auf den Putinismus.

Jede Aussage steht für sich. Niemand tritt in einen Dialog, denn nicht darin besteht die Intention zur Veröffentlichung dieser losen Textsammlung. Sie dient aber als Anstoß für Außenstehende, sich intensiver mit den Verhältnissen in der Ukraine und in Russland zu befassen und liefert eine Grundlage für eine Diskussion irgendwann in der Zukunft. 

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Dezember 2023

6

DAUERKRIEGSZUSTAND ALS KRAFTAKT



Ein Gespräch mit Oksana Dutchak über kriegsbedingte Zwickmühlen, aufgeschobenen sozialen Widerstand, neoliberale Politik, gesellschaftliche Polarisierung, Genderrollen, Umgang mit Kollaboration und fehlende Zukunftsvisionen.

? Hat sich der Krieg für die ukrainische Gesellschaft zum Normalzustand entwickelt?

! Natürlich haben sich alle an den Krieg gewöhnt. Was mich betrifft, ist wichtig zu wissen, dass ich selbst mich in Kyjiw aufhalte und die Stadt vor Raketenbeschuss relativ gut geschützt ist, weit mehr als andere Städte. Die Realität im Osten und Süden der Ukraine sieht völlig anders aus, weil sie sich in Frontnähe und in Reichweite der russischen Artillerie befinden. Ich selbst bin nicht dort gewesen und mir bewusst, dass meine Vorstellungen von dem aktuellen Geschehen und dem Umgang der Gesellschaft damit auf meinen Kyjiwer Eindrücken basiert.

7 In Frontnähe machen die Menschen völlig andere Erfahrungen. Sie sind ständig der Gefahr von Artilleriebeschuss ausgesetzt, was sich kaum vermeiden lässt. Raketen und Drohnen abzuschießen ist dort allein aufgrund ihrer viel höheren Anzahl schwieriger und vermutlich funktionieren die Raketenabwehrsysteme andernorts weniger effektiv als in Kyjiw. Aber im Prinzip hat sich die Gesellschaft in der neuen Realität zurechtgefunden, und es ist größtenteils im Bewusstsein angekommen, dass dieser Zustand noch lange andauern wird. Die Menschen versuchen zu leben, zu arbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen, insofern sie über entsprechende Ressourcen verfügen. Meine Kinder gehen in die Schule, bei Raketen-

alarm begeben sie sich in den Luftschutzbunker. Da er nicht allen Schüler*innen Platz bietet, findet der Unterricht in zwei Schichten statt, vormittags und nachmittags. Behörden und Einrichtungen haben sich bis zu einem gewissen Grad in der neuen Situation eingerichtet und bleiben weitgehend funktionsfähig.



Gibt es Entwicklungen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen?



Unterschwellige Spaltungstendenzen innerhalb der Gesellschaft dringen allmählich an die Oberfläche. Da gibt es einerseits die Kämpfer*innen an der Front oder diejenigen, die sich freiwillig für den Einsatz gemeldet haben, andererseits die im Hinterland Zurückgebliebenen. Da tun sich Gräben auf. Es gibt keine systematischen Lösungsansätze, jene zu ersetzen, die seit über anderthalb Jahren im Fronteinsatz sind oder anderweitige Aufgaben bei der Armee ausüben. Der Großteil der Bevölkerung im Hinterland ist zur Bewältigung solcher Aufgaben nicht bereit und hat nicht vor, sich zum Militärdienst zu verpflichten. Zu Beginn befand sich die Gesellschaft in Aufbruchstimmung und stand geschlossen hinter der Mobilmachung, es gab lange Schlangen vor den Rekrutierungsstellen. Inzwischen hat sich diese Stimmung gelegt, und wer einmal zur Armee eingezogen wurde, muss dort letztlich bis Kriegsende ausharren. Neben der normalen Angst um sein Leben oder die Gesundheit hält dieser Umstand die Menschen von einem Armeeeinsatz ab. Das sorgt für Konfliktpotenzial.



In welcher Weise äußert sich das?



In Diskussionen und Kommentaren zu Beiträgen bekannter Meinungsmacher*innen. Die einen begründen, warum sie sich nicht für einen Fronteinsatz melden, andere überhäufen diese mit Anschuldigungen ob ihrer Haltung. Daran ist unter den gegebenen Umständen nichts Ungewöhnliches. Zum Problem entwickelt sich hingegen, dass der Staat über keinerlei Konzepte verfügt, wie sich dieser Krieg über einen längeren Zeitraum fortsetzen lässt, und er bietet keine Lösungsmodelle für jene, die von Anfang an an vorderster Front daran beteiligt sind.

? Hat das auch Folgen hinsichtlich einer Forderung an Frauen, sich freiwillig zu melden? Schließlich kämpfen ja auch Frauen.

! Bei mir ist es so – und das trifft auch auf andere Frauen zu –, dass mein Mann seit den ersten Kriegstagen kämpft, weshalb wir über die Option nachgedacht haben, dass ich ihn ablöse, damit er seinen Militäreinsatz beenden kann. Von der Gesetzeslage her sollte das möglich sein, da nur ein Elternteil eingezogen werden darf. Für die praktische Umsetzung fehlen jedoch entsprechende ausführende Bestimmungen. Mir sind Fälle von Frauen bekannt, die ernsthaft versucht haben nach diesem Schema vorzugehen, aber die zuständigen Militärkommissariate haben ihre Gesuche abgelehnt. Formal betrachtet dürfen Frauen bei der Armee zwar eingesetzt werden, aber die Durchsetzung dieses Anliegens ist extrem schwierig. Für bestimmte Berufsgruppen dürfte es einfacher sein. Meine Freundin lässt sich derzeit für die Arbeit mit Spürhunden ausbilden, die auf die Suche menschlicher Körper und Sprengsätze abgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund dürfte es ihr leichter fallen, in die Armee aufgenommen zu werden, außerdem hat sie keine Kinder. Auch Frauen mit medizinischer Ausbildung stehen Wege offen, geht es hingegen um Kampfeinsätze, sieht es schon wieder ganz anders aus. Aber auch dort finden sich Frauen in großer Zahl. Trotzdem glaube ich nicht, dass der Staat die Mobilmachung von Frauen ernsthaft in Betracht zieht, um Männer von der Front abzuziehen.

9 Gleichzeitig muss man sich klar machen, in welcher Zwickmühle sich der Staat befindet. Die menschlichen Ressourcen für eine Mobilmachung in Russland sind enorm, in der Ukraine hingegen weitaus geringer. Denn sollte sich der Staat für eine Ausweitung der Mobilmachung entscheiden, dann wohl kaum, um die seit Langem im Einsatz stehenden Soldat*innen von der Front abzuziehen. Vielmehr werden sie versuchen, das jetzige Potenzial an menschlichen Ressourcen in der Armee aufzustocken, schließlich bleibt die Bedrohung ja weiterhin bestehen. Um einen Personalwechsel zu ermöglichen, bräuchte es eine gigantische Ausweitung der Mobilmachung.

Da keine Lösung in Sicht ist, wirkt sich das auf die Stimmung unter Kämpfenden aus. Dieser Wandel wiederum macht sich auch in der Gesamtgesellschaft bemerkbar. Dazu kommen Korruptionsskandale, auf die der Staat mit selektiver Strafverfolgung gegen einige Oligarchen reagiert. Denn die Staatsführung nimmt durchaus Notiz vom schwindenden Rückhalt in der Gesellschaft und versucht Schritte einzuleiten, um dem entgegenzusteuern. Es lässt sich also nicht behaupten, dass die Menschen auf taube Ohren stoßen und der Staat tun und lassen kann, was er will. In der Ukraine läuft das so nicht, im Unterschied zu Russland. Zwar setzt die Staatsführung unnütze



und kontraproduktive Entscheidungen durch, trotzdem muss sie der öffentlichen Meinung Rechnung tragen, andernfalls bleibt sie nicht lange an der Macht. In autoritären Systemen sieht das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft hingegen völlig anders aus.

Eine andere Frage, die wir als Linke versuchen, offen zu thematisieren, bezieht sich darauf, wie der Staat sich zukünftig die sozial-ökonomischen Verhältnisse im Land vorstellt. Es ist offensichtlich, dass die neoliberalen Rahmenbedingungen nach der wie auch immer gearteten Beendigung des Krieges bestehen bleiben, ebenso die staatlichen Akteur*innen. Kürzlich kam es zu größeren Skandalen, als sich Politiker*innen mit völlig unsinnigen Aussagen exponierten, was die Leute extrem empört hat. Oksana Zhornovych, Ministerin für Sozialpolitik, hatte im September angemerkt, dass es für Sozialhilfe beziehende Ukrainer*innen an der Zeit wäre, ihre Komfortzone zu verlassen. Den Reichen ist diese Zone wahrscheinlich geblieben, aber im Zusammenhang mit der Reform des Sozialhilfesystems und der Reaktion darauf von der Infantilität der Menschen und ihren überzogenen Erwartungen an den Staat zu sprechen, ist ein Unding. Als ob die bisherige Sozialhilfe ausgereicht hätte, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

? Wer hat eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe und welcher Stellenwert kommt ihr zu?

! Dieses Thema steht bei uns schon seit Jahren im Raum. Die Regierung richtet sich an Vorgaben des Internationalen Währungsfonds, der aufgrund des ukrainischen Haushaltsdefizits verlangt, Sozialausgaben zu kürzen, und folgt damit dem klassischen Modell des neoliberalen Austeritätsprinzips. Im Moment ist das Defizit so offensichtlich, weil ein Teil des Haushalts aus westlichen Finanzhilfen bestritten wird. Aber schon seit Jahren lassen sich Veränderungen bei den Vergabekriterien beobachten. Ursprünglich durften grundsätzlich alle alleinerziehenden Mütter Sozialleistungen beziehen, aber mit der Zeit wurde der Kreis der Beziehungsberechtigten immer weiter eingeschränkt, ohne jedoch den Zahlungsumfang im Einzelfall zu erhöhen. Als sich 2014 die politische und wirtschaftliche Krise verschärfte, wurde der Inflationsausgleich gleich ganz abgeschafft. Das heißt, die gezahlten Leistungen blieben lediglich auf einem niedrigen Niveau erhalten und verloren ihren universellen Zuschnitt mit der Begründung, die Hilfe solle zielgerichtet Bedürftige erreichen. Aber im Endeffekt verlieren die auf einem minimalen Niveau bewogenden Leistungen an Relevanz.

Derzeit dürfen Binnengeflüchtete Sozialleistungen beziehen, aber damit lässt sich nur ein Bruchteil der tatsächlichen Ausgaben decken. Dazu kommen noch etliche weitere neue Gruppen, die aufgrund des Krieges Ansprüche geltend machen können, wie Militärs und Familienangehörige von verwundeten oder getöteten Soldat*innen. Ganz zu schweigen von jenen, die ihre Häuser und Wohnungen verloren haben – die Liste der Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, ist riesig. Zerstört ist auch die staatliche Infrastruktur wie Schulen oder Gesundheitseinrichtungen, insbesondere im Osten und Süden des Landes. Es müsste zumindest grobe Ansagen geben, wie sich der Staat die Wiederbeschaffung von Wohnraum vorstellt – aber weit gefehlt. Der Staat verlässt sich auf westliche Investor*innen und die Kraft des Marktes. Dabei denken selbst im Ministerium für Sozialpolitik längst nicht alle so wie die Ministerin. Warum aber sitzt sie überhaupt auf diesem Posten?



In der Ukraine gab es schon vor 2014 haufenweise Proteste, aber welche Optionen bleiben unter Kriegsbedingungen, wo die Voraussetzungen für politisches Handeln praktisch nicht gegeben sind?



Weil Krieg herrscht, sind Proteste verboten. Das ist allen klar. Gewerkschaften erschließen andere Wege, um die Rechte der Beschäftigten zu schützen, was bis zu einem gewissen Grad durchaus funktioniert. Solange es um individuelle Verstöße gegen das Arbeitsrecht geht, beispielsweise eine Kündigung erfolgt ist, bleibt der Gang zum Gericht. Ringen sich Betroffenen zu einer Klage durch, urteilen die Gerichte meist zu ihren Gunsten. Aber die Möglichkeiten für kollektives Handeln wurden drastisch eingeschränkt, da öffentliche Protestaktionen gesetzlich untersagt sind. Petitionen oder Gerichtsprozesse weisen insgesamt betrachtet selbstverständlich weitaus weniger Durchschlagskraft auf als großangelegte Protestkampagnen. In dieser Hinsicht herrscht derzeit Stillstand.

12

Es gibt seit 2019 eine große Bewegung von Krankenpflegerinnen. Im Sommer suchten rund fünfzehn von ihnen das Gesundheitsministerium auf und organisierten dort so etwas wie eine Protestkundgebung. Aber Massenaktionen mit mehreren Tausend Teilnehmenden sind derzeit nicht vorstellbar. Proteste mit minimaler Beteiligung finden indes statt. In Odessa protestierten ein paar Dutzend Menschen gegen die Ausgabe staatlicher Gelder für die Renovierung von Behörden und forderten stattdessen Drohnen für die Armee zu kaufen.

Wir kennen Beispiele, wo Staatsführungen Extremsituationen, wie ein Krieg sie darstellt, oder Naturkatastrophen ausnutzen, um unpopuläre Maßnahmen durch-

zusetzen, die unter anderen Vorzeichen auf erheblichen Widerstand stoßen würden. Das gilt auch für die Ukraine, wir als Linke sind uns darüber im Klaren.



Bedeutet das, den Widerstand auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben?



Wieder rückgängig zu machen, was einmal beschlossen wurde, ist um ein Vielfaches schwieriger als etwas aufzuhalten. Trotzdem versuche ich mir einzureden, dass der Ausgang bei sozialen Kämpfen nicht von Vornherein fest steht. Das ist auch jetzt nicht grundlegend anders, aber klar ist, dass die Politik eindeutig zu einer neoliberalen Marktpolitik tendiert.



Ist diese Auffassung auch außerhalb der Linken anzutreffen?



Ich würde sagen, dass der Großteil der ukrainischen Zivilgesellschaft, in der liberale Einstellungen dominieren, diese Entwicklung begrüsst. Auf die Gesamtgesellschaft bezogen sind nach neoliberalen Grundsätzen getroffene politischen Entscheidungen indes keinesfalls populär, aber der Organisationsgrad in der Bevölkerung ist niedrig, und im Moment ist es umso schwieriger, Ressourcen frei zu machen, um einer neoliberalen Politik Paroli zu bieten. Jahrelang bemühten sich alle Regierungen vergeblich darum, die Arbeitsgesetzgebung zu liberalisieren. Sogar die aus der Sowjetzeit stammenden handzahmen Gewerkschaften hatten sich dagegen zur Wehr gesetzt. Jetzt hat die aktuelle Regierung die Kriegssituation ausgenutzt und erhebliche Lockerungen im Arbeitsrecht durchgesetzt.

13



Welche arbeitsrechtlichen Reformen sind besonders einschneidend?



Beispielsweise das Recht von Arbeitgeber*innen auf einseitige Veränderungen der Arbeitsbedingungen, vereinfachte Entlassungen und dergleichen mehr.



Nach Kriegsbeginn haben Millionen Ukrainer*innen das Land verlassen, größtenteils Frauen. Ihre Arbeitskraft stand nicht mehr zur Verfügung. Wie sieht es mit ihrer Rückkehr aus?



Natürlich kehren Frauen zurück, zu ihnen gehöre auch ich. Aber der Staat unternimmt nichts, um eine Rückkehr attraktiver zu machen. Ich bin diesen Schritt



gegangen, weil ich zwei Kinder habe. Ein Jahr lang haben sie in Deutschland die Schule besucht und mir war klar, dass mir nach einem weiteren Schuljahr die Entscheidung zurückzugehen weitaus schwerer fallen wird. In der Ukraine fehlt es an Reintegrationsangeboten und vielem anderen mehr, zudem hatte ich nie vor, in Deutschland zu bleiben. Es wird in der Ukraine ständig über eine demographische Krise diskutiert und darüber, was zu tun sei, damit Geflüchtete wieder zurückkehren. Die Antworten auf diese Fragen liegen auf der Hand, sind jedoch aus ideologischen Gründen und aufgrund eigennütziger wirtschaftlicher Interessen der Eliten nicht zulässig. Dazu kommt, dass auch westliche Partner*innen, von denen die Ukraine abhängt, eine gewisse Erwartungshaltung an den Tag legen. Das geht dann soweit, dass aus einem Ministerium die Ansage kam, sie habe die deutschen Behörden gebeten, Ukrainer*innen nicht zu integrieren, da sich diese ohnehin nur vorübergehend in Deutschland aufhielten. Prognosen abzugeben, wie viele Menschen die Rückkehr wagen werden, kommt derzeit dem Lesen von Kaffeesatz gleich, da niemand weiß, wann der Krieg endet, und ab welchem Punkt die Menschen die Lage für sich als weitgehend sicher und stabil einschätzen. Außerdem hängt es davon ab, ob es einen Ort gibt, an den sie zurückkehren und ihren Lebensunterhalt bestreiten können.



In welchem Bereich fehlt es besonders an Arbeitskräften?



Es gibt keine aktuelle Statistiken dazu, aber wichtig ist in dem Zusammenhang, dass viele Unternehmen schließen mussten und dadurch Arbeitsplätze wegfielen. Trotz des Weggangs von Millionen Menschen existiert definitiv eine hohe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig gibt es auch Bereiche mit einem derart niedrigen Lohnniveau, dass offene Stellen nicht besetzt werden können, weil man von dem Geld nicht leben kann. Beim Einkaufen fällt übrigens auf, dass viele Lebensmittel, die früher in der Ukraine hergestellt wurden, heute aus Polen importiert werden. Auch Medikamente werden heute oft im Ausland hergestellt.



Wie sieht es mit den Genderrollen aus? Hat der Krieg an der herkömmlichen Rollenverteilung etwas verändert?



Im Regelfall kämpfen Männer an der Front, wohingegen Frauen sich mehrheitlich um die Kinder und die Familie kümmern. Das ist auch jetzt so, denn Frauen unterliegen nicht der Mobilmachung. Weil diejenigen, die kämpfen, einen überproportional hohen Preis für ihren Einsatz bezahlen, gelten Männer in der all-

gemeinen Vorstellung als Verteidiger, während Frauen am heimatlichen Herd ausharren. Insofern ist alles beim Alten geblieben, in der Praxis machen sich dennoch strukturelle Veränderungen bemerkbar, da viele Frauen mit den Kindern alleine zurückgeblieben sind, weil die Väter an der Front, gestorben oder wegen des für Männer geltenden Ausreiseverbotes in der Ukraine zurückgeblieben sind, während sie selbst im Ausland Zuflucht gefunden haben. Faktisch fristen sie aufgrund der äußeren Umstände das Dasein alleinerziehender Mütter. Das strengt unglaublich an.

Gleichzeitig lässt die Erkenntnis, auch mit schwierigen Situationen allein klar zu kommen, das Selbstbewusstsein enorm ansteigen. Für Frauen, die in von häuslicher Gewalt geprägten Partnerschaften lebten, bot die Flucht ins Ausland eine Chance, diesen Beziehungen zu entkommen. Anomalen Praktiken hielten auch an anderer Stelle Einzug. So mussten viele Männer, die ohne ihre Partnerinnen zurückblieben, sich auf einmal selbst allein um den Haushalt kümmern oder Angehörige versorgen. Ich bin nicht der Ansicht, dass dies zu grundlegenden Verschiebungen bei der Rollenverteilung führen wird, da die Menschen solche Situationen aus ihrer Perspektive als anomal einstufen, da sie mit altbekannten Konventionen im Alltagsleben brechen. Sobald sich die Situation wieder ändert, werden die Menschen zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren. Veränderungen werden dennoch Einzug halten, aber eher individuell, nicht in großem gesellschaftlichen Ausmaß oder in struktureller Hinsicht.

? In Russland ist zwangsweise eine große Zahl an Ukrainer*innen als Geflüchtete gelandet, viele fahren weiter nach Europa, manche bleiben in Russland. Es gibt ein weitläufiges ehrenamtliches Netzwerk, das Geflüchtete aus der Ukraine unterstützt. Unter Ukrainer*innen, die vorerst in Russland bleiben wollen, herrscht nicht selten die Überzeugung vor, dass eine Rückkehr für sie in die Ukraine mit der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung verbunden ist. Wie sieht die Situation tatsächlich aus?

! Allgemein lässt sich das schwer einschätzen. Mir scheint, strafrechtliche Konsequenzen sind nicht zu erwarten. Ablehnung und Kritik erfahren hingegen sogar in andere Länder Geflüchtete. Die Gesellschaft hat sich polarisiert, was im Krieg normal ist. Gräben tun sich beispielsweise zwischen den Richtung Europa Ausgereisten und den in der Ukraine Zurückgebliebenen auf. In Bezug auf jene, die die Ukraine Richtung Russland verlassen haben, kommen weitere Ressentiments hinzu. Hier fehlt eine klar kommunizierte Linie seitens der Behörden. Das betrifft auch

die Menschen, die in den besetzten Gebieten russische Pässe angenommen haben. Menschenrechtsorganisationen rufen dazu auf, diese Menschen nicht zu verurteilen, da sie sich in einer Zwangslage befinden. Gleiches gilt für jene, die sich in Russland aufhalten. Der Staat hingegen legt keine unmissverständliche Haltung an den Tag, sondern verhält sich indifferent. Das lädt zu Spekulationen ein.

Geht es um die aus der Ukraine nach Russland gebrachten Kinder, wird gerne mit Zahlen operiert, die alle ukrainischen Kinder umfassen, unabhängig davon, ob ihre Eltern sich freiwillig dazu entschieden haben, nach Russland zu gehen, ihnen keine andere Wahl blieb oder die Kinder unter Zwang nach Russland gebracht worden waren. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen in Russland dafür zur Rechenschaft gezogen werden. In der Ukraine bleibt die Rhetorik nach wie vor verschwommen.

In den von Russland besetzten Gebieten passiert es häufig, dass Menschen vor Gericht gestellt werden. Das betrifft beispielsweise ehrenamtliche Helfer*innen, die sich um die Belange alter Menschen gekümmert haben und in der Eigenschaft auch mit Behörden in Kontakt standen. Als anstelle der ukrainischen Behörden die russische Besatzungsmacht das Sagen hatte, haben jene Helfer*innen unter schwierigsten Bedingungen nach dem gleichen Schema wie zuvor ihre Tätigkeit fortgesetzt. Jetzt landen sie dafür auf der Anklagebank. Es gibt Hafturteile, im Moment laufen Berufungsverfahren. Betroffen ist auch ein Elektriker aus der Stadt Liman in der Donezker Oblast, der wegen Kollaboration zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde, weil er während der russischen Besatzung in leitender Funktion die lokale Stromversorgung sichergestellt hatte. Seine Haftstrafe wurde jedoch im September in eine Bewährungsstrafe umgewandelt.

17

Nach diesem Modell werden vermutlich viele Bewohner*innen der von Russland besetzten und danach wieder befreiten Gebiete verurteilt werden. Aber sollen sich zum Beispiel Mitarbeiter*innen des Atomkraftwerks Saporischschja vor Gericht verantworten, nur weil sie vor Ort geblieben sind? Es sieht so aus, dass der Ukrainische Sicherheitsdienst SBU im Übereifer Kollaborant*innen entlarvt, obwohl sie ganz offensichtlich nicht in das klassische Kollaborationsschema passen. Vielmehr müssen jene verurteilt werden, die reale Straftaten begangen haben, nicht Menschen, die versucht haben, ihrem Umfeld beiseite zu stehen.

Vieles steht noch offen. Was die Bevölkerung unter den extremen Bedingungen, unter denen wir leben, letztlich akzeptabel findet, ist schwer vorherzusagen, die Gemüter kochen jedenfalls.



Gibt es Themen, die verschwiegen oder unter den Tisch gekehrt werden?



Im Prinzip kann alles offen artikuliert werden, der Punkt ist eher, welche abweichenden Meinungen auf Akzeptanz, und welche auf heftige Kritik und Ablehnung treffen. Es gibt Fragen, die die ganze Gesellschaft bewegen, zu denen sich der Staat aber nicht äußert, wie hinsichtlich der Demobilisierung. Was passiert, sollte der Krieg noch fünf Jahre andauern? Alternative Ansichten zu äußern ist schwierig, sobald es um ideologische Fragen geht. Wie der Eklat um die Ehrung eines ukrainischen Waffen-SS-Veteranen im kanadischen Parlament. Es dominieren laute Stimmen, die eine bestimmte Meinung an die Öffentlichkeit tragen, die Mehrheitsgesellschaft denkt jedoch vielleicht völlig anders über den konkreten Sachverhalt. Aber das kommt nicht zum Tragen. Uns wird ein Konsensus nahegelegt, der eher rechts oder, wie in diesem Fall, extrem rechts ist, aber ich würde nicht behaupten, dass diese Sichtweise in der Gesellschaft fest verankert ist. Die Lage ist extrem fragil, und wir haben es häufig damit zu tun, dass der aktive Teil der Gesellschaft seine Neigungen mit so viel Nachdruck äußert, dass es schwierig ist, andere Positionen offen zu vertreten.

Das trifft ebenfalls auf das Thema Zukunftsvisionen zu, denn in der Öffentlichkeit ist ständig die Rede von der Wiederherstellung der Grenzen von 1991. Allein die Vorstellung, was wäre, könnte sich diese Erwartung nicht bewahrheiten, ruft im Staatsapparat und in der Bevölkerung Angst und Schrecken hervor. Deshalb finden öffentliche Diskussionen darüber aus meiner Sicht schlichtweg nicht statt. Das ist kontraproduktiv, besser wäre es eine realistische Einstellung an den Tag zu legen. Selbstverständlich steht die Frage im Raum, die Bedrohung durch Russland aus der Welt zu schaffen, manche wünschen sich einen totalen Zerfall Russlands. Aber es läuft darauf hinaus, dass lediglich die unwahrscheinlichsten Szenarien als einzig mögliche präsentiert werden. Nur im privaten Raum bleibt die Möglichkeit erhalten, alternative Perspektiven mit anderen zu diskutieren, wobei sich grundsätzlich alle öffentlichen Debatten um den Krieg drehen, da die gesamte Lebensrealität in der Ukraine vom Krieg geprägt ist.

18

Oksana Dutchak

ist Sozialwissenschaftlerin und
Co-Redakteurin des linken
ukrainischen Medien-Projekts
Commons.

VON KATASTROPHEN UNTER DER RUSSISCHEN BESATZUNG



**Gewerkschaftliche Arbeit unter Extrem-
bedingungen in der von Eisenerzförderung
und Stahlproduktion dominierten
Region Krywyj Rih**

Der Krieg in der Ukraine dauert bereits Hunderte von Tagen an, während der Frieden als Daseinsform lediglich als in immer weitere Ferne rückender Zustand in der Erinnerung präsent bleibt. In der Gegenwart dominieren Angst und Brutalität, woran jeder Tag mit dem Ertönen von Alarmsirenen, Raketeneinschlägen in Wohnhäuser, dem Tod von Menschen am Arbeitsplatz, zu Hause oder auf der Straße schmerzlich erinnert.

Zu Friedenszeiten wussten wir, was zu tun, und was zu lassen ist. Aber wie sieht das in Kriegszeiten aus? Diese Erfahrung fehlte den Arbeiter*innen, ja, allen Ukrainer*innen. Alles passierte völlig unvermittelt, das Leben wurde von einem Tag auf den anderen völlig auf den Kopf gestellt. Niemand von uns konnte sich auch nur im Traum vorstellen, dass Russlands Bevölkerung uns den Tod bringt. Millionen Frauen und Kinder stürmten nach Beginn des großangelegten militärischen Angriffs die Züge, um sich in Sicherheit zu bringen – besonders nachdem die Bilder getöteter Einwohner*innen der Stadt Butscha die Runde machten. Zu dem Zeitpunkt liefen die Männer bei den Militärkommissariaten Sturm, wobei hier am Rande gesagt werden muss, dass die ukrainische Armee vor 2022 eigentlich nicht wirklich existierte. Die Unternehmen der Stadt Krywyj Rih hatten damals im Eiltempo die Produktion eingestellt, und der komplette Kollaps der Wirtschaft schien nur noch eine Frage der Zeit. Nach wenigen Kriegstagen näherte sich die Front den Stadtaußengrenzen, was die Bewohner*innen umgehend durch Engpässe bei der Lebensmittelversorgung zu spüren bekamen. Währenddessen setzte sich das Top-Management ins Ausland ab und ließ die Bergwerke, Betriebe und Fabriken mit Hunderttausenden

Arbeiter*innen einfach im Stich. Im Gegensatz dazu meldeten sich Gewerkschaftsmitglieder freiwillig zur Armee, um für die Unabhängigkeit der Ukraine zu kämpfen. Es ist mir ein wichtiges Anliegen zu betonen, dass sich in der unabhängigen Ukraine während der vergangenen 30 Jahren im ganzen Land, insbesondere jedoch in Kriwyj Rih eine lebendige Arbeiter*innenbewegung herausgebildet hat. Es entstanden vielzählige unabhängige Gewerkschaften, die in ihren Reihen etliche Tausend Beschäftigte vertreten. Arbeitskämpfe in Form von Streiks, Kundgebungen, Streikposten, Demonstrationen und dergleichen mehr fanden regelmäßig und unter großer Beteiligung statt. Seitens der Arbeitgeber*innen trafen diese Aktionen auf vehementen Widerstand, was Kündigungen von Gewerkschaftsmitgliedern, deren Verfolgung und sogar tätliche Angriffe zur Folge hatte. Einige von ihnen haben für ihr Gewerkschaftsengagement sogar mit ihrem Leben bezahlt. Gleichzeitig lässt sich durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen, schließlich sind die Löhne in der Folge angestiegen und liegen bis heute über dem Niveau in anderen Regionen der Ukraine. Zudem gehören die abgeschlossenen Tarifverträge zu den progressivsten im ganzen Land.

Risiken und herbe Einschnitte für Lohnabhängige

Mit Beginn des Krieges sorgte die ukrainische Regierung per Verabschiedung diverser Gesetze für die faktische Annullierung all dieser Erfolge der Arbeiter*innenklasse. Tarifverträge wurden außer Kraft gesetzt, Urlaubsansprüche auf ein Minimum heruntergefahren und die Wochenstunden erhöht. Auch wurden die Rechte der Gewerkschaften erheblich beschnitten. So darf die Arbeitgeber*innenseite nunmehr ohne Einverständnis der Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen verändern, Beschäftigungsverhältnisse beenden und den Lohn herabsetzen.

Überdies hält die Arbeit im Betrieb unter Kriegsbedingungen etliche zusätzliche Risiken bereit und fordert in jeder Hinsicht einen hohen Tribut. Erstens gilt eine Sperrstunde – wer es nicht rechtzeitig nach Hause geschafft hat oder nicht rechtzeitig am Arbeitsplatz eintrifft, muss Sanktionen der Vorgesetzten in Kauf nehmen und mit einer Strafe der Polizeibehörden rechnen. Zweitens gilt ein Luftalarm nicht als Arbeitszeit, dabei erfolgen diese ständig, zudem besteht bei Luft- oder Raketenangriffen immer die Gefahr, gesundheitliche Schäden davonzutragen oder sein Leben zu verlieren. Drittens bleiben Schulen und Kindergärten geschlossen, was dazu führt, dass man hin und hergerissen ist zwischen der Beschäftigung mit den Kindern und der Arbeit. Viertens leben Familien häufig getrennt, weil der Mann an der Front kämpft, und die Frau für den Unterhalt der Familie aufkommt, oder die Frau ist mit den Kindern ins Ausland gegangen, während der Mann seiner Arbeit nachgeht oder

an der Front kämpft. Das ist ein erheblicher Stresstest für die gesamte ukrainische Gesellschaft. Fünftens macht uns das Fehlen einer stabilen Energieversorgung zu schaffen, was angesichts ohnehin gefahrenträchtiger Produktionsstätten in der Stadt Kriwyj Rih – den Bergschächten der Hüttenwerke und der Maschinenbaufabriken –, das Gefahrenpotenzial um ein Vielfaches erhöht und in der Konsequenz zu Betriebsunfällen und Verletzungen führt.

Tausende Menschen halten sich stundenlang unter Tage auf, manchmal auch über mehrere Tage hinweg, weil sich ihre Arbeitsplätze in einer Tiefe von anderthalb bis zwei Kilometern befinden. Sechstens fehlt uns der Zugang zu sauberem Trinkwasser, meist ist sogar gar kein Wasser in Reichweite. Wir beobachten eine regelrechte Umweltkatastrophe in unserer Region, die sich nach der Zerstörung des Kachowka-Staudamms weiter zugespitzt hat. Eine weitere Tatsache besteht darin, dass das Infektionskrankenhaus von Krywyj Rih seither mit Patient*innen überfüllt ist, die Krankheitssymptome im Magen-Darm-Trakt aufweisen.

Gewerkschaften im Kriegsmodus

Aber zurück zur Gewerkschaftstätigkeit in Kriegszeiten. Nach Überwindung des ersten Schocks hat die Gewerkschaft ihre Aufgaben auf Kriegsmodus umgestellt. Mitglieder, die sich reihenweise zum Fronteinsatz gemeldet haben, sind nicht aus der Gewerkschaft ausgetreten und haben ihren Arbeitsplatz beibehalten, in einigen Fällen dürfen sie sogar Anspruch auf Lohnfortzahlung geltend machen. In erster Linie sind weibliche Beschäftigte, die mit ihren Kindern in großer Zahl im Ausland Zuflucht gefunden hatten, nach Hause zurückgekehrt und haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Das bedeutet, dass die ukrainischen Gewerkschaften es derzeit mit drei Kategorien von Mitgliedern zu tun haben – den gegenwärtig an ihrem Arbeitsplatz beschäftigten, den in verschiedenen Armeestrukturen eingesetzten und jenen Mitgliedern, die sich im Ausland oder in westlichen Regionen der Ukraine aufhalten. Die unabhängige Gewerkschaft der Beschäftigten in Metallindustrie und Bergbau hält ihre Mitgliedszahlen derzeit auf einem konstanten Niveau und führt an Stellen, wo sie über eine gute Ausgangsposition verfügt, Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite bezüglich der Wiederaufnahme der Tarifverträge. Außerdem unterstützt sie gegen den russischen Aggressor kämpfende Gewerkschaftsmitglieder materiell, kümmert sich um deren Angehörige und hilft ins Ausland geflüchteten Mitgliedern, dort Arbeit zu finden. Gleichzeitig wehrt sich die Gewerkschaft vehement gegen die geplante Verabschiedung neuer Gesetze, die die Lage der Arbeiter*innenklasse in der Ukraine deutlich verschlechtern würden. Entsprechende Gesetzesinitiativen liegen der Rada, dem ukrainischen Parlament, bereits vor. Dabei geht

es um die Neuregulierung des Arbeitsrechts, gesetzliche Grundlagen gewerkschaftlicher Arbeit, gesetzliche Lohn- und Gehaltsvorgaben und vieles mehr.

Dabei muss der Zusammenhalt innerhalb der ukrainischen Gesellschaft gesondert hervorgehoben werden, der bei Weitem über dem der ukrainischen Führungsriege liegt. Die Gewerkschaften, und zwar in ihrer Gesamtheit, verorten sich explizit als Teil dieser Gesellschaft. Wider Willen erweitert sich unser Erfahrungsschatz um einen blutigen und brutalen Krieg, vor dessen Hintergrund den Gewerkschaften in der Ukraine wie nie zuvor im postsowjetischen Raum die Chance gegeben ist, als treibende Kraft in Erscheinung zu treten, auf die die Arbeiter*innenklasse dringlichst angewiesen ist.

Die Rahmenbedingungen für Gewerkschaftsarbeit stellen sich indes heute völlig anders dar als vor dem Krieg. Viele Personen in Leitungsfunktionen haben Kampferfahrung gesammelt, auch unter gewöhnlichen Mitgliedern und deren nahen Angehörigen ist diese durch den Armeedienst gegeben, was die Arbeitgeber*innen-seite davon abhält, mit den Gewerkschaften in eine offene Auseinandersetzung zu treten. Stattdessen wälzt sie die Verantwortung zur Bewältigung konfliktträchtiger



Situationen auf die Regierung ab. Inzwischen erfahren ukrainische Gewerkschaften in erheblichem Ausmaß Unterstützung moralischer und materieller Art von ausländischen Gewerkschaften, was auch durch einen signifikanten Wissenstransfer begleitet wird. Zwar bedeutet das noch lange nicht, dass die Gewerkschaftsbewegung der Ukraine sich im Aufbruch befindet, dennoch sehen wir deutliche Fortschritte.

Bruch mit bisherigen Praktiken zum Nachteil der Beschäftigten

Angesichts meiner persönlichen Erfahrung wage ich zu behaupten, dass die ukrainischen Gewerkschaften durchaus die Gelegenheit ergreifen können, einen würdigen Platz in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einzunehmen, rosig sind die Aussichten dennoch nicht. Die Gründe dafür sind komplex, aber hausgemacht, denn die ukrainische Regierung ersetzt den bisherigen sozialen Dialog durch einen zivilgesellschaftlichen, indem sie die spezifischen Beziehungsverhältnisse zwischen Arbeitgeber*innen und Lohnabhängigen komplett ignoriert. Aufbauend auf diesen Paradigmenwechsel werden Gewerkschaften auf ein und dieselbe Ebene mit anderen Organisationen gestellt, was einen klaren Bruch mit der bisherigen



Praxis darstellt. Dazu kommt, dass die Regierung ihren Kampf gegen die Gewerkschaften im Zusammenhang mit ihrem Vorgehen gegen oligarchische Strukturen verortet und beide Bereiche als einen Problemkomplex behandelt. Faktisch bedeutet dies eine klare Absage, gegen den politischen Einfluss Superreicher und deren Umfeld ernsthaft vorzugehen, was insbesondere daran liegen dürfte, dass deren Strukturen in den ukrainischen Behörden gut vertreten sind. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Sowohl der Staat, als auch die Arbeitgeber*innenseite versuchen, aus der Kriegssituation Vorteile zu ziehen. Forderungen oder allein der artikuliert Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen oder einer Lohnanhebung treffen auf Ablehnung, als Reaktion darauf erfolgen sogar häufig Anschuldigungen, im Interesse des Feindes zu agieren. Mit juristischen Schritten sorgen die Gewerkschaften dennoch für Gerechtigkeit am Arbeitsplatz.

Ähnlich steht es um die Armee, denn angesichts des sich in die Länge ziehenden Krieges sind die Gewerkschaften auch dort in konfliktträchtige Vorgänge involviert, wenn es um Fragen der Rekrutierung geht. Allerdings spielen die tragenden Rollen hier andere Strukturen und Netzwerke, in denen sowohl Armeeingehörige als auch ihre Familien organisiert sind. Bei der Interaktion mit den Streitkräften kommt auch der Einfluss von Arbeitgeber*innenvereinigungen zum Tragen. Hier sei beispielhaft der Verteidigungsrat der Stadt Krywyj Rih angeführt, der von der Grundidee her aus einem strukturübergreifenden Zusammenhang diverser gesellschaftlicher Kräfte besteht. Ihm gehören auch Vertreter*innen aller größeren lokalen Unternehmen an, ebenso das Verteidigungsministerium und andere Behörden, außerdem ein Teil der Gewerkschaften. Faktisch übernimmt er die Funktion der lokalen Selbstverwaltung. Den sowjetisch sozialisierten lokalen Eliten fehlt allerdings ein Grundverständnis für die Funktionsweise und Kompetenzen einer entwickelten Zivilgesellschaft, während sich die Menschen an der Basis im Notfall schnell zusammentun, um sich gegen Angriffe von Außen zu schützen und ihre politischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen.

24

Wasserversorgung für den Sieg

Die Zerstörung des am Dnepr gelegenen Kachowka-Staudamms löste in Krywyj Rih eine Umweltkatastrophe aus. Wie bereits erwähnt, fehlt es in der Stadt an sauberem Trinkwasser und sogar die ihrerseits für Verschmutzung sorgenden Unternehmen sind nicht in der Lage, ihren eigenen Wasserbedarf zu decken. Bereits früher stellte dies aufgrund des Erzabbaus und von in der Landwirtschaft eingesetzten Chemikalien ein signifikantes Problem dar, Trinkwasser in guter Qualität

bereitzustellen. Jetzt aber haben wir es mit einer von den russischen Besatzer*innen verursachten Katastrophe zu tun, die die Bevölkerung vor Ort mit unhaltbaren Lebensbedingungen konfrontiert und zwingt, auf eigene Faust nach Lösungen zu suchen.

Zur Erschließung sauberer Wasserquellen bleibt als Ausweg nur die Bohrung von Brunnen, doch Kapitalist*innen und die Staatsmacht fühlen sich dafür nicht verantwortlich und scheren sich nicht um die Belange der Gesamtbevölkerung. Die Wasserversorgung unterliegt in ihren Augen den Gesetzen zur Profitgewinnung, dementsprechend basiert ihr Geschäftsmodell auf dem Verkauf von Wasserflaschen an jene, die in der Lage sind dafür zu bezahlen. Werden Brunnen gebohrt, dann nach dem gleichen altbekannten Prinzip der persönlichen Bereicherung. Arbeiter*innen und alle einfachen Leute hegen jedoch das berechnete Interesse, an einer für alle in gleichem Maße zugänglichen Wasserversorgung im Sinne des Allgemeinwohls. Wasserquellen müssen allen gehören, sie dürfen kein Privateigentum sein. Das ist unser Anliegen.

Die Zerstörung der Wasserversorgung durch die Besatzer*innen ist ein herber Schlag gegen die Menschen im Hinterland. Für die Verteidigungsfähigkeit braucht es nicht nur Waffen, sondern eine geregelte Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser. Für uns ist dies Teil des Kampfes für den Sieg.

Allein die Umsetzung unseres Anliegens zur Gewährleistung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung stellt eine komplexe Angelegenheit dar. Dafür braucht es zum einen die nötige technische Ausrüstung zur Brunnenbohrung und Pumpen samt autonomer Stromversorgung für den Betrieb. Im Idealfall sollten mehrere Brunnen pro Tag gebohrt werden, mit dem Ziel, eine kostenlose Wasserversorgung für alle Menschen zu gewährleisten. Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung ist ebenfalls Bestandteil eines solchen Projektes, damit die Menschen begreifen, dass nicht nur die Luft zum Atmen frei zugänglich sein muss, sondern auch sauberes Trinkwasser. Alle Grundbedürfnisse – dazu gehören auch die Ernährung und medizinische Versorgung – könnten und sollten im Idealfall für alle Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Aber es ist eine Tatsache, dass weder der Staat, noch die Regierung, noch die vom Kapitalismus profitierenden Unternehmen Bereitschaft signalisieren sich auf ein solches Modell einzulassen, denn in ihrem Interesse ist es, dass Wasser als Ware gehandelt wird, wie auch alle möglichen anderen elementaren Lebensgrundlagen. Setzt sich die Entwicklung unter diesen Vorzeichen fort, werden unsere Nachkommen damit konfrontiert sein, dass letztlich sogar der Sauerstoff zur Ware generiert.

Übrigens enthält die Verfassung der Ukraine einen Passus, wonach Bodenschätze als Volkseigentum deklariert werden, und jeder Mensch Anrecht auf ein würdiges Leben hat. Heutzutage finden Bohrungen unter anderem mit Beteiligung ausländischer Firmen statt, aber nimmt man die Verfassung beim Wort, muss allen ukrainischen Werktätigen das Recht zugestanden werden, Bohrungen zur Erschließung von Wasserquellen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse durchzuführen.

Aufruf zur praktischen Solidarität

Die Gewerkschaften in der Europäischen Union könnten wertvolle Unterstützung leisten und den Gewerkschaften in der Ukraine in mehrerer Hinsicht beistehen. Wissenstransfer und direkter Austausch könnten die Gewerkschaften im Hinblick auf die Verhandlungsfähigkeit mit Arbeitgeber*innen stärken, aber auch einen Beitrag leisten zur Ausweitung der Mitgliedschaften und einer Befähigung, sich aktiv in gewerkschaftliche Belange einzubringen, um die Rechte von Beschäftigten zu schützen.

Voraussetzung für die Durchführung von Seminaren, Trainings, Forschungsprojekten, Kampagnen zur Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz und weiterer Maßnahmen zur Stärkung der Position der Gewerkschaften sind finanzielle Fördermittel.

Aufgrund der reichhaltigen Erfahrung der Gewerkschaften in der Europäischen Union beim Kampf für die Rechte von Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen wäre es eine große Unterstützung, sie an der Seite zu wissen, wenn es um Fragen von Tarifverhandlungen, Gesetzesinitiativen und weitere Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten geht.

Auch internationale Präsenz könnte ukrainischen Gewerkschaften zu mehr Rückhalt verhelfen. Auf internationalen Foren und Konferenzen könnten europäische Gewerkschaften auf die Probleme und Bedürfnisse ukrainischer lohnabhängig Beschäftigter aufmerksam machen.

Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte stellt internationale Solidarität einen Grundstein dar, um den Beschäftigten in der Ukraine auch in diesen Zeiten zu einer angemessenen Vertretung ihrer Interessen zu verhelfen. 

Jurij Samojlow

ist Vorsitzender des Verbandes
der Freien Gewerkschaften
in Krywyj Rih.

WIE SICH EINE GESELLSCHAFT NEU ERFINDET



Ernährungs- und Energiesicherheit lässt sich nur von der Basis aus gewährleisten

Selbstorganisation und Demokratie, wie sie ukrainische zivilgesellschaftliche Institutionen, lokale Gemeinschaften und Bewegungen in erheblichem Ausmaß praktizieren, haben die Welt nach der russischen Invasion durch ihre Widerstandskraft sowie den dahinter stehenden unglaublichen Siegeswillen überrascht.

Als Reaktion auf den großangelegten militärischen Angriff der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 entstand in der gesamten Ukraine eine riesige Bewegung selbstorganisierter Initiativen. An dieser Form des Widerstands beteiligten sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Berufe und sozialer Stellung, die sich vor dem Einmarsch noch nie zivilgesellschaftlich engagiert hatten. Spontan machten sie sich daran, neue zivilgesellschaftliche Modelle und horizontale Netzwerke zu schaffen – sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Landes.

27

Heute kommt dieser Bewegung eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Kriegsfolgen zu, sie ist in praktisch alle Bereiche involviert: die Evakuierung von Zivilisten und Tieren aus den Kriegsgebieten, humanitäre Hilfe, aber auch hinsichtlich der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten, Bildung, Lohnarbeit und vielem mehr. Die unvollständige Liste an Dienstleistungen umfasst die Versorgung von Menschen oder Tieren mit Lebensmitteln, Kleidung, sanitären Einrichtungen und Medikamenten sowie medizinische Unterstützung. Es gibt Angebote von Friseur*innen und psychologische Beratung, weiters zählen dazu das Weben von Tarnnetzen, die Herstellung von Socken oder Sturmhauben sowie Waffen oder Spezialausrüstungen, der Erwerb nichttödlicher Ausrüstungsgegenstände für die Armee aus dem Ausland, die Schaffung von Geschäftsoptionen, darunter auch für den Bedarf der Armee, die territoriale Verteidigung, die Bereitstellung von Beratungs-, Informations- oder anderen

Diensten, die sich an den Bedürfnissen von Militärangehörigen, Zivilist*innen, Kriegsgefangenen und anderen Gruppen orientieren.

Bereits während der Revolution der Würde 2013 und 2014 und dem Kriegsbeginn im Jahr 2014 entstand ein Vorläufer der heutigen Bewegung. Nach Schätzungen beteiligten sich damals bereits bis zu zehn Prozent der Bürger*innen. Als Reaktion auf den russischen Angriff im Jahr 2022 nahm die Bewegung schließlich riesige Ausmaße an und erreichte einen enormen Wirkungsgrad. Nach Angaben der Stiftung Widrodschennja¹ engagierten sich in der Freiwilligenbewegung mehr als 60 Prozent der Ukrainer*innen. In fast allen Regionen entstanden beeindruckende Zusammenhänge. Die Mitglieder der Ukrainian Evaluation Association² sind der Ansicht, dass das Scheitern des “Blitzkriegs” und der erfolgreiche Widerstand gegen die russische Aggression eine direkte Folge der gelungenen Selbstorganisation und des Zusammenhalts der ukrainischen Gesellschaft ist – egal welcher ethnischen, religiösen, politischen und beruflichen Zugehörigkeiten.

Um diese Selbstorganisation zu dokumentieren, haben wir – eine Gruppe ebenfalls in der Bewegung aktiver Freiwilliger – Aktivist*innen und Expert*innen, darunter Soziolog*innen, Philosoph*innen und Historiker*innen, interviewt. Diese Gespräche fanden an verschiedenen Orten statt, vor allem auf der linken Seite des Flusses Dnipro, in Charkiw, in der Region Dnipro, in Donezk, in Saporischschja, aber auch in den Regionen Cherson und Kyjiw, in Lwiw und außerdem in Schweden, Polen und Deutschland mit einem Netzwerk, das die Ukraine und Geflüchtete unterstützt. Wir haben folgende Fragen zur Bewegung gestellt:

- Worin besteht ihre Motivation, und was inspiriert sie?
- Wie hat diese Erfahrung sie persönlich und die Gesellschaft verändert?
- Wie stark ist diese Bewegung in der ukrainischen Geschichte und der Kultur der Selbstorganisation und dem Freiheitsstreben verwurzelt?
- Kann diese Bewegung der Selbstorganisation in der Ukraine auch nach dem Krieg weiter existieren und dazu beitragen, die ukrainische Gesellschaft wieder aufzubauen und zu verändern – in einer neuen Nachkriegsrealität?

28

1 <https://www.irf.ua/>

2 <https://www.ukreval.org/>

- Könnte diese Bewegung der Selbstorganisation Hauptbestandteil einer ukrainischen Identität sein, die uns als Reaktion auf den Angriff der Russischen Föderation beisteht?

Unsere Feldforschung zeigt, dass diese Massenbewegung nicht nur als Reaktion auf die existenzielle Bedrohung entstand, sondern auch durch eine große Welle der gegenseitigen Hilfe und Empathie inspiriert wurde. Diese Erfahrung ermöglichte es den Menschen, sich ihres eigenen Potenzials für Zusammenhalt, Kooperation, Kreativität und Stärke bewusst zu werden. Die meisten der Befragten gaben an, dass sie sich dessen zuvor nicht bewusst waren. Sie glauben, dass die mit dem Engagement einhergehenden Veränderungen für sie selbst und für die Gesellschaft unumkehrbar sind. Die entstandenen Netzwerke durchdringen alle möglichen Bereiche sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten, ihre Akteur*innen haben neue Fähigkeiten erworben, insbesondere im lösungsorientierten Umgang mit Krisensituationen. Letztlich stellt diese Bewegung unter Beweis, welche Macht eine Zivilgesellschaft unter bestimmten Bedingungen entfalten kann.

In den ersten Kriegswochen des Krieges, als Kyjiw beinahe und Tschernihiw komplett von der russischen Armee eingekesselt war, in Charkiw auf den Straßen gekämpft wurde, und Mariupol besetzt war, beschlossen viele Menschen, in den Städten zu bleiben, um auf diese Weise ihren Beitrag zur Verteidigung zu leisten und die Zivilbevölkerung zu unterstützen. Zum Beispiel organisierten sie Hilfe für Menschen, die evakuiert werden mussten: Erwachsene mit Kindern, Menschen mit geringer Mobilität, mit begrenzten Ressourcen oder gesundheitlichen Problemen, die auf medizinische oder psychologische Betreuung angewiesen waren. Sie kümmerten sich um die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinische Hilfe. In den ersten Wochen mussten sie beispielsweise aus Kyjiw herausfahren, um Grundnahrungsmittel für Suppenküchen zu besorgen. Kolleg*innen von mir fuhren Hilfsgüter nach Tschernihiw, evakuierten Bewohner*innen auf dem Rückweg unter extremen Risiken oder holten sogar Menschen aus dem besetzten Mariupol oder Cherson heraus. Die Evakuierung aus den besetzten Gebieten war ein ernstes Problem. Einige meiner Kolleg*innen riskierten es sogar, in Irpin mit russischen Soldaten zu verhandeln und sie davon zu überzeugen, Verwundete gehen zu lassen. Ein Freund von mir, der einen kasachischen Pass besitzt, evakuierte mehr als 200 Zivilist*innen aus Worsel, einem Vorort von Butscha. Da Kasachstan offiziell politisch mit Russland kooperiert, war er in gewisser Weise geschützt, aber als er zusammen mit einem Freiwilligen mit ukrainischem Pass aufbrach, wurde dieser Freiwillige an einem russischen Kontrollpunkt erschossen. Ein anderes Mal war eine Frau mit meinem Kollegen unterwegs. Als russische Soldaten sie gefangen nehmen wollten, kamen einige Frauen aus dem nahegelegenen Dorf und umzingelten sie. Sie sagten, die



Soldaten müssten auch sie töten, wenn sie die Frau mitnehmen wollten. Es hat funktioniert.

All dies war das Ergebnis von Bemühungen selbstorganisierter Aktivist*innen, lokaler Unternehmen, humanitärer Hilfe aus dem Ausland und finanzieller Unterstützung, die hauptsächlich per Kettenreaktion über private Verbindungen aus dem Ausland zustande kam. Menschen aus dem Ausland kontaktierten uns mit Fragen, wie sie helfen, und wohin sie Geld schicken können. Trotz der Gefahren und der Ungewissheit der ersten Wochen brachten sie humanitäre Hilfe und nahmen Menschen auf dem Rückweg mit. Viele verfügten bereits über Erfahrungen mit der Organisation kleiner und mittlerer Unternehmen oder zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge.



Historische Wurzeln

In der Ukraine steht die Geschichte der Selbstorganisation in engem Zusammenhang mit dem „Wilden Feld“. Dieser bis in das 18. Jahrhundert gebräuchliche Begriff steht für die barrierelose und von hoher Mobilität geprägte weite Steppenlandschaft im Süden und Osten. Das Gebiet des „Wilden Feldes“, das heute die Regionen Charkiw, Dnipro, Donezk, Marioupol, Cherson und Saporischschja umfasst, befand sich räumlich weit entfernt von den politischen Zentren des russischen oder polnischen Reichs. Menschen verschiedener Nationalitäten suchten dort nach Zuflucht, um mit den herrschenden Abhängigkeitsverhältnissen zu brechen und in Freiheit selbstbestimmt zu leben. Dort formierten sich auch die Grundlagen der Kosakenrepublik. Später, um 1920, entstand die anarchistische Machno-Bewegung, die das Projekt einer Bäuer*innen- und Arbeiter*innenrepublik verfolgte.

31

Nicht nur im historischen Kontext, sondern auch im Zusammenhang mit dem aktuellen Angriffskrieg erwartete das russische Militär eine komplette Unterwerfung. Russlands Invasion sah die Existenz eines zivilgesellschaftlichen Widerstands schlichtweg nicht vor. Dabei fällt auf, dass die Ukrainer*innen sich dem Aggressorstaat aktiv widersetzen und sich ihrer Macht zur Mitgestaltung ihres eigenen Landes durch die Mobilisierung ihrer Kräfte durchaus bewusst sind. Diese Erfahrung ist völlig neu, und somit gibt es für die Mehrheit der Gesellschaft kein zurück mehr zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit.



Von der Resilienz zum grünen Wiederaufbau

In der ukrainischen Gesellschaft mangelt es seit jeher an Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Wie einer unserer Gesprächspartner*innen, ein Aktivist aus

Charkiwi, sagte: „Die Ukraine ist ein Land der selbstorganisierten Initiativen. Wenn etwas Hierarchisches von oben angeordnet wird, folgen die Menschen dem einfach nicht.“ Um erfolgversprechend agieren zu können, braucht es eine von der Basis ausgehende dezentralisierte Beteiligung an Reformen, insofern sollte die ukrainische Zivilgesellschaft auch an entscheidender Stelle an einem ökologischen Wiederaufbau des Landes partizipieren. Dies gilt auch hinsichtlich solch grundlegender Bereiche wie Energie- und Nahrungsmittelsicherheit. Kooperations- und Selbstorganisationsprozesse innerhalb und zwischen Gemeinschaften und lokalen Unternehmen haben sich als entscheidend für das Überleben unter den Bedingungen von Krieg und Besatzung erwiesen, indem sie den Zugang zu Wasser, Lebensmitteln, Strom und anderen Ressourcen für den Lebensunterhalt sicherstellen. Vom Aspekt der Nachhaltigkeit ließen sich zahlreiche Basisinitiativen inspirieren, die sich um die Funktion lokaler Dienstleistungen kümmern, unabhängig von zentraler Strom- oder Wasserversorgung oder zu deren Ergänzung. Bewährte Praktiken sollten im Hinblick auf eine weitere Anwendung also genau analysiert werden.

Während sich die ukrainische Zivilgesellschaft auf ein starkes Fundament stützen kann, sind die staatlichen Institutionen eher schwach ausgeprägt, zudem mangelt es ihnen an einem demokratischen Grundverständnis, und darüber hinaus sind sie stark von Korruption geprägt. Für den Aufbau zukünftiger stabiler Strukturen muss die Ukraine dementsprechend gleich an zwei Fronten kämpfen: zum einen gegen die russische Invasion, zum anderen gegen Oligarchie und Korruption. Für Frieden und für Demokratie. Solche Zukunftsvisionen können nur mit einer hohen Beteiligung der Zivilgesellschaft am Wiederaufbau und den Entscheidungsprozessen bei der Mittelverwaltung entwickelt werden

Andernfalls, so ist zu vermuten, werden die Investitionen in den Wiederaufbau nur die alte Wirtschaftsoligarchie aus der Vorkriegszeit sowie eine Kultur der allseits präsenten politischen Korruption stärken und außerdem die Erfolge der Dezentralisierungsreform untergraben, die seit 2014 durchgeführt wurde. Kern dieser Reform war, politische und administrative Befugnisse vom Zentrum auf die lokalen Räte und Verwaltungen zu verlagern. Durch ihre beratende Funktion spielt die Zivilgesellschaft dabei eine äußerst aktive Rolle, ohne jedoch die Entscheidungsprozesse also solche beeinflussen zu können.

Diskussionen über den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg setzten kurz nach der Befreiung der nördlichen Regionen von der russischen Besatzung ein und basieren auf unterschiedlichen Ansätzen. So hat das von Andrius Kubilius, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger Ministerpräsident Litauens, initiierte

Netzwerk U4U (United for Ukraine) mit inzwischen über 500 Mitgliedern seit seiner Gründung mehr als 200 amtierende und ehemalige Abgeordnete und Beamt*innen aus mehr als 30 Ländern zusammengebracht. Eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftler*innen legte ihre eigene detaillierte Vision für den Wiederaufbau nach dem Krieg vor. Die ukrainische Geschäftswelt erarbeitet eigene Vorschläge. Schließlich befasst sich auch die Europäische Kommission intensiv mit diesem Thema.³ All diese Vorschläge bildeten die Grundlage für eine große Bewegung zur Erstellung eines nationalen Wiederaufbauplans für die Ukraine, an der auch mehrere tausend Expert*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft beteiligt waren und dessen inhaltliche Ausgestaltung nach wie vor im Fluss ist. Umweltorganisationen bemängeln indes, dass die größten Widersprüche im Hinblick auf die Umsetzung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung und der Einhaltung der zentralen Botschaft bestehen – nämlich auf eine bessere Zukunft hinzuarbeiten und nicht die Fehler der Vergangenheit zu reproduzieren. Existenziell ist dabei, dass sich der Wiederaufbau des Landes an einem „grünen“ Szenario orientiert. Ein zukunftssträchtiges Infrastruktur- und Wirtschaftsmodell muss auf den Grundsätzen der Nachhaltigkeit⁴ beruhen, was eine Minimierung bestehender und künftiger Risiken unter Berücksichtigung von Umwelt- und Klimakomponenten voraussetzt.

Sicherheit der Energieversorgung

Als besonders verwundbar hat sich das ukrainische Energiesystem herausgestellt, da seine zentralisierte Infrastruktur ein leichtes Ziel für russische Angriffe darstellt. Fällt eines seiner Komponenten nach Beschüssen aus, hat dies Auswirkungen auf das gesamte System. Um gegen diverse Risiken gewappnet zu sein, sollte das Energiesystem aus einem weitgehend dezentralisierten Mechanismus bestehen – möglich ist dies nur unter Hinzuziehung verfügbarer erneuerbarer Energiequellen, wie Sonne, Wind oder Biomasse. Gleichzeitig setzt dies auch ein widerstandsfähiges dezentrales Netzwerk aus verbraucherorientierten, lokalen und autonomen Energiesystemen voraus, wobei Energiegemeinschaften unterschiedlicher Größenordnung mit individuellen und kollektiven, nichtstaatlichen Organisationsformen Vorrang haben müssen. Das Modell der Vergesellschaftung von Energieressourcen, sowohl fossiler als auch auf erneuerbare Quellen basierender, sieht für die unteren Verwaltungsebenen weitaus mehr Möglichkeiten vor, steuernd einzugreifen, dazu kommt,

3 https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/eu-assistance-ukraine/recovery-and-reconstruction-ukraine_de

4 <https://www.dossier.org.ua/en/news/green-reconstruction-of-ukraine-civil-society-position/>

dass lokale Energieverteilungsnetze wesentlich effizienter sind, da so keine Verluste wie bei der Übertragung über große Entfernungen entstehen. Emanzipatorische Selbstverwaltungs- und Demokratiepraktiken müssen besonders im Fokus stehen, um mit der von der privaten Energieerzeugung begünstigten Korruption und den Machtverhältnissen zugunsten der Großkonzerne zu brechen.



Ernährungssicherheit

Der Krieg hat seit Langem geführte Debatten über Ernährungssicherheit neu belebt. Bisherige Logistikketten ließen sich nicht aufrechterhalten, kritische Infrastruktur erwies sich als hochverwundbar. Die Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, Energie und Wärme wurde unterbrochen und fiel teilweise komplett aus. Es zeigte sich, dass das System der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung nicht schnell genug auf kriegsbedingte Herausforderungen reagieren kann. Auch gilt, dass eine Umstellung der derzeitigen industriellen Nahrungsmittelproduktion auf lokale, nachhaltige System eher in der Lage ist, die Ernährungssouveränität zu gewährleisten. Dies kann durch die Entwicklung kleiner lokaler landwirtschaftlicher Betriebe, landwirtschaftlicher Genossenschaften, die direkte Zusammenarbeit zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen, kurze Logistikketten und nachhaltigere Produktionsweise erreicht werden.

All diese Alternativen sind keine neue Erfindung, in Krisenzeiten wie heute erweisen sie sich jedoch als überlebenswichtig. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Umstellung unter breiter Beteiligung der lokalen Gemeinschaften erfolgt, wobei die Ernährungssouveränität und -sicherheit dieser Gemeinschaften im Vordergrund stehen muss. Die Kultur der Selbstorganisation, die im Verlauf des Krieges ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt hat, muss auch weiterhin auf allen gesellschaftlichen Ebenen präsent bleiben. Nur so lässt sich eine lebenswerte Zukunft gestalten.



34

Nadia Shevchenko

befasst sich als freischaffende Expertin seit vielen Jahren mit Umweltfragen, Sozioökologie und der Dokumentation von Selbstorganisation.

RUSSLANDS STRINGENTER WEG ZUM ANGRIFFSKRIEG



Wie der Krieg gegen die Ukraine die russische Gesellschaft durchsetzt, sie formt und dem Regime als einzigem Daseinszweck dient

35 **Ich muss gestehen**, dass ich noch einen Monat vor Beginn des großangelegten Angriffskrieges gegen die Ukraine davon ausgegangen bin, dass eines der Haupthindernisse für ein solches Vorgehen darin besteht, dass die russische Gesellschaft auf einen Krieg nicht vorbereitet ist. Im Verlauf der fünf dem schrecklichen Februar 2022 vorangegangenen Jahre sank die Unterstützung für Putin kontinuierlich, was sich klar und deutlich an den Massenprotesten mit positiver Bezugnahme auf die Programmatik des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj ablesen lässt, und ebenso am Aufstieg sozialer Bewegungen in vielen russischen Regionen (beispielsweise Chabarowsk, Baschkortostan oder die Republik Komi), dem wachsenden Zuspruch zur parlamentarischen Opposition bei den Duma-Wahlen 2021, sowie am landesweit lautstark geäußerten Unmut über die Rentenreform 2018 und der anhaltenden Politisierung der jungen Generation in den Großstädten. Obwohl die staatliche Propaganda über Jahre hinweg ihre antiukrainische Hysterie auf hohem Niveau aufrecht erhielt, festigte sich in erheblichen Teilen der russischen Gesellschaft die Einschätzung, es handele sich lediglich um einen Ablenkungsversuch von sozialen und politischen Problemen im Land selbst.

All diese Faktoren nahm die Staatsmacht als potenzielle Bedrohung wahr, und eben dieser Umstand musste letztlich als einer der Ursachen für den Kriegsbeginn erhalten. Angesichts einer überaus realistischen Legitimationskrise in naher Zukunft (mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2024), betrachtete Putin einen Krieg nicht einfach nur als Option, Unzufriedenheit zu zügeln und eine „Einheit um die Staatsflagge“ zu schaffen, sondern als Gelegenheit sein Regime in eine vollwertige Diktatur umzuwandeln, in der jegliche Anzeichen von Illoyalität automatisch mit Verrat an der

Nation gleichgesetzt werden. Auf diese Kehrtwende zielten alle Anstrengungen des Regimes mindestens seit Anfang 2020, also zum Zeitpunkt der Verabschiedung der sogenannten „Verfassungsnovelle“. Faktisch brachten diese Veränderungen eine neue Verfassung hervor, in der der Mechanismus ausufernder persönlicher Macht endgültig zementiert und konservative Ideologeme wie die Konstruktion des „Ahnen-erbes“ als Grundlage aller Rechtsnormen oder die Definition von Familie als „Bund von Mann und Frau“ unverhohlen festgeschrieben sind.

Wahrscheinlich kommt ab diesem Moment die Strategie der totalen Zerstörung der außerparlamentarischen Opposition zum Tragen – oder der außersystemischen, wie sie auch genannt wurde, also der vom Kreml gänzlich unabhängigen, die den autoritären Charakter des Regimes als solchen hinterfragte. Im Einklang mit dieser Strategie erfolgte zunächst der Versuch Alexej Nawalny physisch aus dem Weg zu räumen, um im Anschluss all seine Anhänger*innen pauschal als Mitglieder einer verbotenen „extremistischen Organisation“ abzustempeln. Die Niederschlagung der Solidaritätsdemonstrationen mit Nawalny zu Jahresbeginn 2021 übertraf in ihrer Brutalität alle vorangegangenen Repressionskampagnen der Staatsmacht, gegen Dutzende Teilnehmende wurden Strafverfahren eingeleitet. In diese Logik reißen sich die totale Säuberung des öffentlichen Raumes und die massiven Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen ein, insbesondere das bahnbrechende Verbot der Organisation Memorial, der ältesten und angesehensten unter ihnen.

„Akt des Schicksals“

Demnach gab es im Februar 2022 keine organisierten Zusammenhänge mehr, die den Protest gegen den Krieg hätten koordinieren können. Doch der weitreichendste Effekt, den der russische Staat mit seinen Maßnahmen erzielte, ist die Schaffung einer von panischer Angst vor jedweder politischer Betätigung dominierten Atmosphäre, die den Großteil der Gesellschaft durchdringt. Das daraus resultierende Ohnmachtsgefühl und die Abwendung von der Politik bilden das Fundament einer von der Masse der Bevölkerung getragenen passiven Unterstützung des Krieges. Die Ausrufung des Beginns der sogenannten „militärischen Spezialoperation“ führte keineswegs zum Ausbruch chauvinistischer Begeisterungstürme, vielmehr wurde sie als Akt des Schicksals empfunden, gegen den jeder Widerstand zwecklos sei. Innerhalb des ersten Kriegsmonats wurde die Gesellschaft mit Hilfe strengster Zensur und einem ganzen Paket repressiver Gesetze in den Zustand eines auf Staatsgeheiß formbaren Materials versetzt. Dieser Zustand steht gänzlich im Einklang mit der vom Regime nach Beginn der Invasion in die Ukraine aufgestellten innenpolitischen Zielsetzung. Entgegen der offiziellen Lesart von einem „Volkskrieg“

und dem „Zusammenschweißen der Gesellschaft“ wird allerdings jegliche Form der Eigeninitiative strengstens unterbunden. Innerhalb des letzten Jahres sahen sich Nationalist*innen, die von Putin eingefordert hatten „richtig zu kämpfen“ wiederholt staatlicher Unterdrückung ausgesetzt und ihr öffentlicher Anführer, Igor Strelkow, wurde im Sommer verhaftet. Die Kriegsunterstützung ist eine rein hierarchisch organisierte Angelegenheit, die sich einzig in von oben verordneter Weise zu äußern hat und keinen Millimeter vom vorherrschenden Propaganda-narrativ abweichen darf.

Züge von Totalitarismus, die sich meines Erachtens in Russland seit Kriegsbeginn beobachten lassen, liegen keineswegs in einem massenhaften Zuspruch zur russischen Aggression begründet. Vielmehr stehen sie in Zusammenhang mit der extremen Vereinzelung und der Bejahung des Konformismus als einzig möglicher Lebensstrategie. Da sich die Vorstellung davon, dass einzig das Privatleben einen echten Wert besitzt, als allgemein gültiger „gesunder Menschenverstand“ durchgesetzt hat, scheint jedes Mittel recht, diesen Raum zu schützen. Daher gerät jegliche öffentliche Kriegszustimmung zur einzigen stabilen Garantie, um das Privatleben aus der Politik herauszuhalten. Diese Form der Befürwortung drückt sich im Regelfall durch von oben angeregte Handlungsoptionen aus – von Denunziation gegenüber verdächtigen Nachbar*innen und Arbeitskolleg*innen bis hin zur Teilnahme an ritualisierten patriotischen Veranstaltungen oder Spendensammlungen für die Streitkräfte. Jeglicher nach außen getragene Dissens birgt deshalb nicht nur das Risiko staatlicher Verfolgung, sondern führt zu gesellschaftlicher Entfremdung und macht Andersdenkende zu Außenseiter*innen.

Der verzweifelte Schutz des Privatlebens, das angesichts des fortdauernden Krieges immer zerbrechlicher und verletzlicher wirkt, hat zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen geführt. Statistischen Angaben nach wandten sich Menschen in Russland 2022 um das siebenfache häufiger an psychologische Beratungsstellen als im Jahr zuvor.¹ Bei der überwiegenden Mehrheit handelt es sich um Frauen mittleren Alters, von denen sich vermutlich nicht wenige um ihre an die Front eingezogenen Angehörigen sorgen oder schlichtweg die Flut erschreckender Nachrichten nicht verarbeiten konnten. Wenn man berücksichtigt, dass Männer grundsätzlich

1 V 2022 godu stressov u rossijan bylo v 7 raz bolše em v 2021; Vedomosti, 17. Januar 2023, https://www.vedomosti.ru/press_releases/2023/01/17/v-2022-godu-stressov-u-rossijan-bilo-v-7-raz-bolshe-chem-v-2021-statistika-vsk-po-obrascheniyam-v-sluzhbu-psihologicheskoi-podderzhki

РОССИЯ



seltener psychologische Hilfe in Anspruch nehmen, lässt sich daraus schließen, dass sich Angstzustände und Stress seit Kriegsbeginn deutlich stärker bemerkbar machen und mittlerweile den Allgemeinzustand der Gesellschaft mitbestimmen. Eine der Hauptkomponenten dieser sozialen Depression besteht in der ständigen Notwendigkeit, den eigentlichen Gemütszustand sowohl vor dem eigenen Umfeld zu verbergen, als auch Selbstzweifel zu unterdrücken. Dies geschieht nicht nur aus Angst vor Repressalien oder gesellschaftlicher Missbilligung, sondern auch, um nicht aus dem psychologischen Gleichgewicht zu geraten.

Schließlich wird die russische Gesellschaft nach wie vor von neoliberaler Subjektivierung bestimmt, die sich durch eine „positive“ Grundhaltung als Voraussetzung für persönlichen Erfolg auszeichnet. Die Grundsäule der neoliberalen Rationalität besteht außerdem darin, dass unter Ausblendung jeglicher Begleitumstände überall das Streben nach Selbstoptimierung und neuen Errungenschaften abverlangt wird. Von der Formel „Krise als Chance“ profitieren sowohl jene, die ihr Einkommen dank staatlicher Rüstungsaufträge aufbessern (im russischen Haushalt für das Jahr 2024 machen Rüstungsausgaben rekordverdächtige 29 Prozent aus), als auch jene, die sich für die Armee entscheiden, um dort ihr Geld zu verdienen. Der finanzielle Anreiz ist in der Mehrheit der Fälle ausschlaggebend für eine Kriegsbeteiligung. Auch hier gilt das Marktgesetz der „großen Zahlen“: Ja, die Chance nicht zu überleben ist erheblich, aber manche haben definitiv Glück und kehren wohlhabend und wohlbehalten zurück nach Hause.

Dennoch wirken sich die riesigen Verluste auf russischer Seite, die bereits jetzt die Zahl der Todesopfer während der sowjetischen Intervention in Afghanistan oder auch der beiden Tschetschenien-Kriege bei weitem übertreffen, auf die Gesellschaft in erdrückender Weise aus. Eine derart massenhaft verbreitete Traumatisierung muss indes nicht zwangsläufig zu mehr Unzufriedenheit mit dem Regime führen. Im Gegenteil kann sie über einen gewissen Zeitraum sogar als dessen Stütze fungieren – unter anderem sogar im Hinblick auf Putins Wiederwahl im März 2024. Nicht von ungefähr besteht eines der Hauptmotive der offiziellen Propaganda in der Vorstellung vom existenziellen und unvermeidlichen Charakter des Krieges: Jede*r, einschließlich Putin, ist eine Geisel der von den „globalen Eliten“ zu verantwortenden Situation, und von unserer Fähigkeit den Sieg davonzutragen (oder zumindest nicht zu verlieren) hängt das Fortbestehen des Landes als solchem ab. Der Krieg normalisiert sich in der Gesellschaft als Schicksal des Landes, das durch die nationale Geschichte vorherbestimmt ist, und das die heutige Generation nicht in der Lage ist zu verändern – es bleibt nur, sich ihm zu beugen. Auf der Grundlage dieser Einstellung bereitet sich das Regime systematisch auf eine langfristige Fortsetzung

des Krieges vor: Das zeigt sich sowohl in der verschärften Strafverfolgung jeglicher Versuche, sich dem Militärdienst zu entziehen, als auch in der unaufhörlichen Anhebung der Militärausgaben und der vehementen Umsetzung einer ideologisch fundierten Militarisierung von Bildung und Kultur.

Der Krieg mutierte zur einzigen Daseinsform des Regimes, indem er die Eliten um Putin zusammenschweißte, neue Umverteilungsmechanismen von Ressourcen innerhalb der herrschenden Klasse generierte und die totale Kontrolle über die Bevölkerung herstellte. Diese Kontrolle beruht nicht allein auf der Angst vor Repressalien und der gesellschaftlichen Vereinzelung, sondern ebenso auf tief verwurzelten imperialen und chauvinistischen Vorurteilen. Fatalismus und Pessimismus, die das Regime über einen langen Zeitraum schürte, gehen Hand in Hand mit den weit verbreiteten Vorstellungen von Russlands organischer Rolle als von Feinden umzingelter „Großmacht“ und dem Überlegenheitsgefühl der Russ*innen gegenüber ihren unmittelbaren Nachbar*innen, allen voran im Kaukasus und Zentralasien. Bezeichnenderweise üben sich die Behörden seit Beginn des Krieges in stillschweigender Zustimmung für rassistische Ressentiments gegen Migrant*innen aus diesen Regionen.

Obgleich dieses Herrschaftsmodell derzeit über ausreichende Stabilität verfügt, bleibt das Regime verwundbar und zerbrechlich – wie der sogenannte „Marsch der Gerechtigkeit“ von Jewgenij Prigoschin und seiner Söldnergruppe Wagner im Sommer 2023 anschaulich unter Beweis stellte. Jede Krise – in erster Linie im Zusammenhang mit einer militärischen Niederlage in der Ukraine – kann dazu führen, dass sich das bislang unter der Oberfläche schwelende Trauma der schweigenden russischen Gesellschaft einen Weg nach draußen bahnt.

40

Ilya Budraitskis

befasst sich mit Politik- und Kulturtheorie, betätigt sich aber auch als Aktivist. Derzeit ist er Gastwissenschaftler am Programm für kritische Theorie an der UC Berkeley. Seine Artikel zur russischen Politik, Kultur und Geistesgeschichte wurden in zahlreichen akademischen und politischen Zeitschriften veröffentlicht. Er ist Mitglied der Redaktionsgruppe der russischen sozialistischen Website **Posle.media**

WO MODERNE UND MITTELALTER AUFEINANDERTREFFEN

Von Bevölkerungspolitik, Ideologie und dem Kampf gegen Abtreibung

Anhand der Genderpolitik lässt sich exakt ermesen, was die politische Gesamtstruktur einer Gesellschaft ausmacht. Eine Regierung mag verbal noch so viele menschenfreundliche Erklärungen artikulieren oder Leitzinsen in jeglicher Höhe festlegen, doch erst aus dem Umstand, wie es im Land um die Genderverhältnisse steht, wie viel sexuelle Gewalt es gibt und mit welchen Methoden die Körper der Bürger*innen gefügig gemacht werden, erklärt sich womit wir es tatsächlich zu tun haben – einer Demokratie, Autokratie, mittelalterlich anmutenden Monarchie oder neokonservativen Theokratie.

Für manch eine Person begann der Krieg gegen die Ukraine völlig überraschend, doch ein aufmerksamer Blick auf die russische Politik der vergangenen zwanzig Jahre führt deutlich vor Augen, dass der menschliche Körper in Russland staatlichen Herrschaftsmechanismen strikt auf Grundlage ihrer Geschlechtszugehörigkeit unterworfen war. Was wir jetzt erleben, ist lediglich eine konsequente Zuspitzung dieser Geschlechterpolarität: Männer begeben sich an die Front, Frauen ins Geburtshaus. Der Reproduktionsdruck erhöht sich im gleichen Maße wie die Zunahme nekrophiler Tendenzen im Staatsapparat, da der „Bevölkerungsverlust“ im Krieg durch einen „Bevölkerungsgewinn“ ausgeglichen werden muss – auf Kosten der Frauen. Vor ihnen baut sich ein weitreichendes Bedrohungsszenario auf: komplettes Abtreibungsverbot, Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt, Verbot eines auf weibliche Belange ausgerichteten gesellschaftspolitischen Engagements einschließlich Geschlechterstudien und die Stärkung der traditionellen Rollenverteilung in der Familie.

All das mag unerheblich erscheinen angesichts der unmittelbaren Kriegsgewalt, aber genau darin macht sich die Kehrseite des „Ausnahmestands“ (nach Carl Schmitt)

bemerkbar, mit dem Wladimir Putin an die Macht gekommen war. Nur zur Erinnerung: Seine Legitimation als autoritärer Herrscher manifestierte sich in der Aufgabe, hart durchzugreifen, um Russland vor dem Terrorismus tschetschenischer Kämpfer*innen zu schützen. Unter diesen Vorzeichen wird das biologische Leben eines Menschen in den Dienst des Staates gestellt, und jegliche biologischen Funktionen unterliegen Regularien im Interesse eines höheren Zwecks, den einzig und allein der Souverän bestimmt. Der besonderen Vorliebe der russischen Regierung für Sicherheits- und Überwachungstechnologien, die seit Langem aus China importiert werden, könnte uns durchaus die Einrichtung eines „digitalen Gulag-Systems“ bevorstehen, in dem nicht nur wehrpflichtige Männer erfasst werden, sondern auch gebärfähige Frauen, und das seine volle Funktionsfähigkeit nur allein deshalb nicht entfaltet, weil Staatsangestellte auf allen Ebenen die dafür bereit gestellten Mittel in die eigene Tasche stecken. Innerhalb Russlands existieren durchaus gegenläufige Tendenzen, was in der Praxis als eine Art System der Checks and Balances zum Tragen kommt und sowohl „an der Spitze“, als auch vor Ort für gewisse politische Diversität sorgt. Doch das ändert nichts am offensichtlichen Vorhaben der russischen Führung: Sie ist bestrebt die Geburtenzahlen zu erhöhen, und zwar auf barbarischste Weise durch Verbote, Schikanen und einem geheuchelten Schamgefühl.

Vom sowjetischen Erbe zum Putinschen Konservatismus

Um die Struktur des modernen Russland zu begreifen, müssen mehrere Aspekte seiner Geschlechterpolitik berücksichtigt werden. Erstens haben wir es mit einem regelrechten „Sowjet-Trauma“ zu tun, einem beinahe pathologischen Reflex angesichts widersprüchlicher Genderstrukturen der sowjetischen Gesellschaft, in der die Geschlechterbeziehungen in vielerlei Hinsicht dem Schein nach gleichberechtigt¹ waren, in der persönlichen Praxis hingegen blieben altbekannte patriarchale Prinzipien bestehen. Zweitens vollzog sich eine „konservative Wende“, deren geschlechtspolitische Ausrichtung nach der Krim-Annexion besonders stark zu Tage trat durch eine gezielte Imagepflege des Präsidenten als Macho und die Deklaration eines „Gesellschaftsvertrages unter Männern“. Im Jahr 2017 erfolgte die Dekriminalisierung von häuslicher Gewalt, was die staatliche Führungsrüge kokett abtat mit den Formeln „Familienzwist bleibt Privatsache“, man dürfe „sich nicht in Familienangelegenheiten einmischen“ und „Ohrfeigen zu Erziehungszwecken“

42

¹ Hier sei daran erinnert, dass Frauen 1917 das Wahlrecht durchgesetzt haben und die Frauenbewegung im vorrevolutionären Russland zu den mächtigsten in Europa gehörte. Siehe ausführlicher <https://neweasterneurope.eu/2019/01/02/womens-rights-imperial-russia-outcasts-history/>

überbewerten. Damit war ein Freischein an die von patriarchalen Denkmustern durchsetzte männliche Bevölkerung Russlands verbunden, zur Tat zu schreiten. Trotz aktiver Fürsprache russischer Feminist*innen kam es nicht zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Unterbindung häuslicher Gewalt, und nach den letzten Dumawahlen 2021 fiel die Initiative komplett unter den Tisch. Drittens kommt ein weiterer Faktor ins Spiel, nämlich die Hinwendung zu einer „neuen Theologie“. Gemeint ist die orthodoxe Kirche und ihre religiöse Rhetorik, die als „Antriebsriemen“ für eine repressive, die Sexualität betreffende Gesetzgebung dient und als Rechtfertigung dafür herhält, dass „westliche Werte“ in Russland nichts verloren hätten.

Seit 2022 bringt Putin aktiv zum Ausdruck, was in seiner „neutralen“, an „Realpolitik“ orientierten Rhetorik der frühen Jahre nur ansatzweise durchschien. Russlands Staatsmacht war außerstande schlüssige Wertorientierungen zu formulieren, da der kleptokratische Charakter des spezifisch russischen Kapitalismus sowohl von seinem Führungspersonal, als auch an der Basis einen extrem ausgeprägten Zynismus abverlangt. Putin sah sich deshalb gezwungen die Restauration des Systems auf die Tagesordnung zu setzen und eine Melange aus sowjetischer und vorrevolutionärer Nostalgie auferstehen zu lassen, erweitert um eine orthodoxe neoreligiöse Komponente. Daraus bastelte er die viel gepriesene „Alternative zum Westen“.

Unstimmig daran ist, dass das Modell „Russland gegen alle“ einer unterschiedlichen Darstellung bedarf, in Abhängigkeit von der jeweiligen innen- oder außenpolitischen Zielsetzung. Nach außen hin bemüht sich Russland als letztes Bollwerk der Vernunft zu erscheinen, und mit der Politik in ihren eigenen kapitalistischen Ländern unzufriedene Menschen im Westen betrachten Putin als „letzten sowjetischen Generalsekretär“. Nach innen hingegen wird die Idee propagiert, Russland und sein Präsident seien von Gott auserwählt, was einem unglaublichen Spektakel gleichkommt, das durch seine Unglaubwürdigkeit den Widerwillen gegen Politik als solche bei jenen hervorruft, die in einem anderen Setting durchaus ihr Recht auf politische Teilhabe einfordern könnten. Diese Form der doppelten Identität – halb in der modernen Sowjetunion verankert, halb im guten alten Mittelalter – erlaubt es Putin, sich an der Macht zu halten.

Das Erbe der sowjetischen Tradition und eine relevante Zahl „sowjetischer Patriot*innen“ hält die russische Führung bislang davor zurück, einer Art „orthodoxer Taliban“ freien Lauf zu gewähren. Die sowjetische Frau verfügte über alle Rechten und Pflichten einer sozialistischen Staatsbürgerin und zusätzliche Möglichkeiten im Zusammenhang mit ihrer Rolle als Mutter und mit ihrer weib-

Стране нужны ваши рекорды

Zur martialischen Politik der russischen Führung gehören auch Kampagnen für Geburtenzuwachs mit Bezug auf den laufenden Angriffskrieg.

Каждую минуту в России
рождается 3 человека

Oben: „Das Land braucht eure
Rekorde.“

Unten: „Schütze mich heute,
dann kann ich dich morgen schützen.“

ЗАЩИТИ МЕНЯ
СЕГОДНЯ

Я
СМОГУ

ЗАЩИТИТЬ ТЕБЯ
ЗАВТРА



АБОРТ - НЕ «ДЕЛО СОВЕСТИ КАЖДОГО», А ОТНЯТИЕ ЖИЗНИ У ЧЕЛОВЕКА

#СвоихНеБросаем

lichen Sexualität. Bis heute enthält das russische Arbeitsrecht bezahlten Mutterschaftsurlaub und Elternzeit, außerdem gelten für Schwangere gesonderte Arbeitsbedingungen, die jedoch nicht immer eingehalten werden.

Unter den gegebenen Umständen, wo Frauen beinahe die Hälfte der Arbeitskraft in Russland stellen, ist die Herstellung völliger Kontrolle über die weiblichen Körper zwar verlockend, jedoch mit Risiken verbunden. Abtreibungsverbot und Geburtenkontrolle können sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken und für erheblichen Unmut sorgen, weshalb die Vorgehensweise der Behörden auf sukzessiv umgesetzte Einschränkungen setzt, die als zunehmende „Kontrolle“ und „Datenerfassung“ deklariert werden.

Parallel dazu geht das „Sowjet-Trauma“ mit einer schwerwiegenden Männlichkeitskrise einher. Russische Männer ziehen in den Krieg, um unzählige Kredite zurückzahlen zu können. In den russischen Gefängnissen, aus denen mit in Aussicht gestellter Amnestie Kämpfer für die Streitkräfte rekrutiert werden, sitzen zehnmal mehr Männer als Frauen ein – hauptsächlich wegen Verstößen gegen die aktuelle Drogenpolitik. „Geschlechterrevanchismus“, die Popularität von Bewegungen wie dem „Männerstaat“, rechtsextreme Gruppierungen, die für „Rassenreinheit“ oder „Glauben“ kämpfen, indem sie jungen Frauen auf Social Media nachstellen, die Wiederherstellung von Vorstellungen über traditionelle Geschlechterrollen – all das ist nicht nur eine Reaktion auf das Erstarken feministischer Stimmen in den 2010er Jahren, sondern auch ein Versuch, die eigene Niederlage vor dem Hintergrund des Niedergangs traditionell „männlicher“ Schwerindustrien und des Fehlens von Karriere- und Lebensperspektiven, der Unmöglichkeit, die Rolle des „Ernährers“ und des „Familienoberhauptes“ zu füllen, wett zu machen. Vor die Wahl gestellt zwischen einem Ressentiments hegenden russischen Mann und einer zwischen Familie und Lohnarbeit zerriebenen Frau entscheidet sich der Staat für Ersteren und verstärkt den Geschlechterantagonismus unter dem Deckmantel der propagierten „Familienharmonie“.

45

Geschlechterpolitische „Realpolitik“

Um auf die These vom biopolitischen Charakter der russischen Staatsmacht zurückzukommen, die sich bereits früher auf den „Ausnahmestatus“ berufen hat, diesen nun aber zusammen mit dem Krieg gegen die Ukraine unverhohlen erklärt hat, muss gesagt werden, dass genau an dieser Stelle Moderne und Mittelalter aufeinandertreffen. Im Juli 2023 wurde ein in dieser Hinsicht überaus aufschlussreiches gesetzliches Verbot einer Geschlechtsangleichung durchgesetzt, das das moderne wissenschaftliche Verständnis vom Menschen als biologischem Körper mit den Hexenprozessen vermischt.

Bei der Rechtfertigung des Verbots auf Geschlechtsanpassung verknüpfte Dumasprecher Wjatscheslaw Wolodin die militärische Notwendigkeit – hier sind wir bei der oben erwähnten „Realpolitik“ angekommen – mit Verweis darauf, dass sich Transpersonen angeblich der Wehrpflicht entziehen, und die ideologische Konfrontation mit dem Westen, die sich auf die Idee der „tausendjährigen russischen Staatlichkeit“ bezieht. Diese Schlachten werden in der russischen politischen Rhetorik längst in der Dimension eines Kampfes zwischen Gut und Böse, Gott und dem Teufel ausgetragen. Obwohl Russ*innen sich seit den späten Vorträgen Dostojewskijs in diesen Schlachten die Köpfe heiß reden, hat sich die Religionsphilosophie mit der Idee von der Exklusivität der orthodoxen Welt letztlich durchgesetzt.

Wehruntauglichkeit ist eine merkwürdige Begründung für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes, berücksichtigt man, dass rund 3000 Transpersonen, die in den letzten Jahren eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben und die geehrten Abgeordneten in einen derartigen Schockzustand versetzt haben, eine völlig unbedeutende Größenordnung für die Rekrutierung zum Militärdienst darstellen. Trotz der Bitten aus dem Gesundheitsministerium, die Bedingungen für eine Geschlechtsangleichung lediglich zu verschärfen, stellte sich die Duma hinter das Gesetz, weil es für den Schutz der heterosexuellen Ehe notwendig wäre, die wiederum die Grundlage des orthodoxen Wertekodex bilde.

Somit verfolgte das Gesetz über das Verbot einer Geschlechtsangleichung gleich mehrere Ziele: erstens die Etablierung einer durchaus modernen Kontrolle über die menschliche Biologie und das biologische Geschlecht der Bürger*innen; zweitens der Bevölkerung zu zeigen, dass das mittelalterliche „goldene Zeitalter“ mit seinen tiefgehenden geistigen Auseinandersetzungen erfolgreich wiederbelebt wird²; drittens den Putin-Versteher*innen im Westen eine Gelegenheit einzuräumen, sich mit Russland als der letzten Bastion der „Normalität“ zu solidarisieren. Den Preis für dieses Gesetz müssen Menschen mit aufgrund besagten Verbotes gebrochenen Biographien bezahlen, die bereits eine Geschlechtsumwandlung durchlaufen haben (ihre Eheschließungen und die Adoption von Kindern werden annulliert), oder die gerade im Begriff waren dies zu tun und nun nicht einmal auf eine angemessene

46

2 Parlamentssprecher Wjatscheslaw Wolodin: „Soll diese teuflische Politik doch in den USA stattfinden. Schauen wir, wie das endet. Das führt zu nichts. Das ist reiner Satanismus.“ Aufzeichnung der Duma-Sitzung vom 14. Juni 2023, <https://zona.media/article/2023/06/14/gosduma>

psychologische Unterstützung hoffen dürfen. Darüber hinaus verfestigt sich die Bio-Macht über den menschlichen Körper noch mehr als zuvor.

Sukzessives Abtreibungsverbot

Im nächsten Schritt folgt das Abtreibungsverbot, das schon seit Langem in Vorbereitung ist. Obwohl Schwangerschaftsabbrüche auf dem Gebiet Russlands zuletzt zu Stalins Lebzeiten kriminalisiert waren, begann Patriarch Kyrill bald nach seiner Ernennung 2009 öffentliche Reden zu schwingen, in denen er in einem fort erklärte, es wäre angebracht, Abtreibungen zu verbieten, wo Russland doch ein orthodoxes Land sei. Seit 2012 besuchte er regelmäßig thematisch passende Sitzungen in der Staatsduma, um sich dort über Sexual- und Reproduktionspolitik auszulassen. Mit Blick auf die sowjetische Vergangenheit, die starke Einbindung von Frauen in die Wirtschaft und den Verwaltungsapparat an der Basis konnte sich die russische Führung nicht gleich zu einem Verbot durchringen, weshalb sie ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen sucht: mit Hilfe staatlich kontrollierter Nichtregierungsorganisationen, die Druck auf junge religiöse Frauen „in schwierigen Lebenslagen“ ausüben, durch lokale Gesetzesänderungen, die sogenannte „Schweigewochen“ festlegen (wenn in einer Region staatliche Kliniken, auf freiwilliger Basis auch private, eine Woche lang überhaupt keine Abtreibungen durchführen), und per Anweisung aus dem Gesundheitsministerium. Internen Vorschriften zufolge sind russische Ärzt*innen angehalten, Frauen von Schwangerschaftsabbrüchen abzubringen. In staatlichen Kliniken wurden dafür spezielle Vorgaben und Prämien eingeführt.³ Allerdings erstreckte sich der Geltungsbereich dieser Anordnungen nicht gleichmäßig auf alle medizinischen Einrichtungen, sodass russische Frauen einen Schwangerschaftsabbruch zumindest in Privatkliniken durchführen lassen konnten, wo für gewöhnlich keine überflüssigen Fragen gestellt werden. Nebenbei sei gesagt, dass angesichts der auf Maßregelung ausgelegten russischen Gynäkologie Frauen generell darum bemüht sind, Gänge in staatliche Einrichtungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Jetzt zeigt sich, dass es der Staatsduma ernst mit dem Abtreibungsverbot ist. Der Plan ist simpel: die Aufnahme von Präparaten zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch in ein spezielles streng kontrolliertes Register (das erfolgte bereits am

47

3 „Gleichzeitig machen wir die praktizierenden Ärzte auf die Notwendigkeit von Präventivmaßnahmen aufmerksam, die darauf abzielen, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren und maximale Anstrengungen zu unternehmen, um die Schwangerschaft bei jeder Frau zu erhalten, die einen medizinischen Schwangerschaftsabbruch beantragt hat.“ // „Medizinischer Schwangerschaftsabbruch“, Schreiben des Gesundheitsministeriums der Russischen Föderation vom 15. Oktober 2015, Nr. 15-4/10/2-6120

5. Oktober 2023), das Verbot medikamentöser Abbrüche in Privatkliniken und im Anschluss auch in staatlichen medizinischen Einrichtungen, wo sogar zum jetzigen Zeitpunkt nur weitaus traumatischere chirurgische Abbrüche vorgenommen werden, weil „Tabletten“ kostspielig sind und nicht über die gesetzliche Krankenversicherung abgerechnet werden können.

Die russische Regierung drängt darauf, „Daten“ über Schwangerschaftsabbrüche zu erheben, aber es ist zu erwarten, dass sie nach und nach dazu übergehen wird, das Verfahren zu kriminalisieren. Wenn es soweit ist, wird die über gynäkologische Behandlungen streng geführte Statistik als Grundlage zur Strafverfolgung von Frauen Verwendung finden, die sich für einen heimlichen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben. Der Staat erhöht den Druck auf private Einrichtungen, indem er ihnen mit dem Entzug der Krankenversicherungslizenz droht, weshalb diese ihrerseits in etlichen Regionen auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verzichten, um ihre weitere Existenz nicht zu gefährden.

Darüber hinaus steht in zwei Regionen Russlands bereits die „Verleitung zum Schwangerschaftsabbruch“ als Ordnungswidrigkeit unter Strafe. „Verleitung“, so heißt es in dem Gesetz, „ist die Nötigung einer schwangeren Frau zu einem Schwangerschaftsabbruch durch Überredung, Angebote, Bestechung, Täuschung oder andere Forderungen.“⁴ Im Klartext bedeutet das, dass jeglicher Protest von Feminist*innen ordnungswidrig ist, möglicherweise aber auch bald strafrechtlich verfolgt wird. Auch hier gilt, dass die russischen Behörden nach einem bewährten Schema vorgehen: Zunächst starten sie eine Informationskampagne mit Hilfe dem Staat nahestehender Meinungsmacher*innen und Trollfabriken², dann finden Debatten über Gesetzesinitiativen in der Duma und der Gesellschaftskammer statt (ein dem russischen Präsidenten unterstehendes handzahmes Gremium) und zuletzt gibt der Präsident seine reiflich überlegte Zustimmung zu den erfolgten Darlegungen und segnet das Gesetz „auf Bitte der Öffentlichkeit“ hin ab. Am 3. November 2023 gab Putin bereits zu verstehen, dass Abtreibungen ein akutes Problem darstellten, „das gelöst werden

48

4 Gesetzgebende Versammlung des Gebiets Twer: <https://zsto.ru/index.php/press-tsentr/novosti-zakonodatelnogo-sobraniya/13514-zakonodatelnym-sobranie-prinyat-zakon-o-zapreshchenii-skloneniya-k-iskusstvennomu-preryvaniyu-beremennosti-na-territorii-tverskoj-oblasti>

5 Ein ausführlicher Bericht über eine Stiftung, die Antiabtreibungspropaganda im Internet verbreitet, findet sich hier: <https://syg.ma/@feminist-anti-war-resistance/osobennaya-kra-sota-manipulyativnoy-raboty-s-lyudmi-kak-rabotaet-fond-kotoryy-prodvigaet-zapret-ab-ortov-v-rossii>

muss“, so dass wir davon ausgehen können, dass im kommenden Jahr die Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche verschärft werden.

Es bleibt abzuwarten, welche Wirkungskraft die von Staats wegen propagierte russische Ideologie entfaltet und wie die Frauen dieses Gesetz in der Praxis aufnehmen werden. Mit Bezug auf den Krieg in der Ukraine lässt sich feststellen, dass die ideologischen Begleitmaßnahmen eher dekorativer Natur sind und kein nennenswerter Zustrom aufrichtiger Freiwilliger zu erkennen ist, die bereit sind, für Mütterchen Russland ihr Leben zu lassen. Ihre Motivation ist größtenteils eine andere, nämlich eine „Kredit-Auszeit“, Geld und wie bereits erwähnt eine Amnestie für Strafgefangene. Gleiches lässt sich über die ideologische Maßregelung von Frauen sagen hinsichtlich ihres Rechts, über den eigenen Körper zu verfügen. Der russische Regierungsstil ähnelt dem Krisenmanagement, das von allen möglichen Wegen den einfachsten auswählt und auf alle Herausforderungen mit Gegenwehr reagiert. Allerdings kann sich ein solches Krisenmanagement sehr wohl durch Härte gegenüber seinen Bürger*innen auszeichnen, die einzig und allein als Ressource wahrgenommen werden. Mehr noch: Die russische Führung mit ihren tiefgehenden Ressentiments gegenüber dem „Westen“ ist zu vielem bereit, um ihr Prestige zu erhöhen, selbst wenn es sich um das Prestige einer beispiellosen mittelalterlichen Monarchie handelt.

Ist die Rede von globalen Auswirkungen — außer langfristigen negativen Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung, zerstörte Leben vieler Frauen, die Schaffung einer frauenfeindlichen Atmosphäre und dergleichen mehr — gelingt den russischen Machtinstitutionen eine beachtliche Manipulation der zeitlichen Dimension. Putins konservative Ideologie bietet als Zukunftsvision eine größtmögliche Überschneidung mit der Vergangenheit: Die Wiederkehr vormaliger Siege, den Status einer Supermacht und innere Stabilität, die aus dem vormodernen Moskowiter Reich herbeigezaubert wird. Gleichzeitig nehmen sie die Zukunft der Frauen und ihrer Kinder als Geisel dieser Vergangenheit und untergraben damit jedes Recht der Russ*innen auf freie Wahl. Dieses Modell schließt die Suche nach politischen Alternativen per „Wahlen“ ebenso aus, wie die freie „Wahl“ des Individuums.

Ausgerechnet dieses Konstrukt könnte sich als Schwachpunkt der russischen Innenpolitik erweisen. Lange Zeit konnte die Illusion einer Mehrheit für Putin und unproblematischer Wahlen für ein und denselben Präsidenten aufrechterhalten werden, dank einer klaren Grenzziehung zwischen dem Privaten und dem Politischen. Als „normal“ galt ein Mensch, der seine Freizeit mit der Familie auf der Datscha verbringt und nicht an sonntäglichen Kundgebungen teilnimmt, die

traditionell als Proteste von Müßiggänger*innen und Abtrünnigen abgestempelt wurden. Die eigene Bequemlichkeit veranlasste die Russ*innen, Niederlagen bei den bürgerlichen Rechten und die Stärkung der Autokratie in Kauf zu nehmen. Mit der Ausrufung der Teilmobilmachung und zukünftig, wenn das Abtreibungsverbot in vollem Umfang durchgesetzt wird, macht die Politik keinen Halt mehr vor unserer Privatsphäre und unseren Körpern. Wie die russischen Frauen darauf reagieren werden, bleibt abzuwarten, doch die Missachtung des „Politikenthaltungs-Paktes“ könnte Putin einen Strich durch die Rechnung machen.

Bleibt das Thema internationale Solidarität anzusprechen — schließlich dürfen im übertragenen Sinn russische Frauen nicht in einem Haus mit einem Vergewaltiger eingesperrt bleiben. Wir können endlos über geopolitische Nuancen und einen weltweiten Kräfteausgleich debattieren, wesentlich aufschlussreicher ist allerdings ein Blick auf die politischen Verhältnisse im Land selbst. Denn die in ihrer Ausrichtung eindeutige Frauenpolitik Russlands legt die tatsächliche Beschaffenheit der russischen Staatsmacht offen. ✿

Asya Neverova

ist Feministin und lebt in Moskau.

GEZIELTES AUSSCHALTEN DER RUSSISCHEN ÖFFENTLICHKEIT



**Bleiben im Kriegszustand überhaupt
noch Optionen für eine breite politische
Teilhabe?**

In den Monaten seit Beginn des großangelegten Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich das politische Regime in Russland erheblich verschärft. Der Staat verfolgt seine Bürger*innen für praktisch jegliche gegen den Krieg gerichtete Äußerung. Ausdrucksform der insgesamt zunehmend repressiven Zustände ist auch ein restriktiverer Umgang mit Protesten und politischer Selbstorganisation, die in keinem direkten Verhältnis zum Krieg in der Ukraine stehen.

Ein Großteil der aktiven Angehörigen oppositioneller Bewegungen und Bürgerinitiativen erlebt die jetzige Situation entweder als komplette Niederlage und hat jegliches Engagement eingestellt oder aber versucht neue Wege der basispolitischen Arbeit zu erschließen, weil die vormaligen Vorgehensweisen aus ihrer Perspektive nichts gebracht haben. Die massenweise Ausreise trug zum Zerfall der horizontalen Vernetzung bei und ließ die gesamte vormalig so aktive Community desillusioniert zurück.

Gleichzeitig ließen die schockierenden Militärereignisse jene erwachen, die sich früher passiv verhalten haben. Tausende bislang inaktive Menschen wollen am öffentlichen Leben teilhaben und suchen nach Optionen, etwas gegen den Krieg zu tun, seinen Opfern zu helfen. Viele von ihnen sind sich aufgrund ihrer politischen Unbedarftheit über das repressive Ausmaß anfangs nicht bewusst und dienen dem Sicherheitsapparat, den *siloviki*, als „leichte Beute“.

Diese Proteststimmung versuchen jedoch auch Zusammenhänge der Kriegsbefürworter*innen abzufangen, die das Regime für seine Zurückhaltung an der

Front und im Landesinneren kritisieren – sogenannte „verärgerte Patrioten“. Durch ihre ambivalente Haltung gegenüber dem Regime versuchen sie die Aufmerksamkeit derjenigen auf sich zu ziehen, die ebenfalls frustriert sind und ein Bedürfnis verspüren, politisch aktiv zu werden. In diesem Sinne konkurrieren sie mit den oppositionell eingestellten Liberalen und linken Bewegungen.

Im Weiteren lege ich systematisch meine Sicht auf die aktuellen Restriktionen und hypothetische Perspektiven einer Teilhabe am politischen Leben in Russland an der Basis dar. Leider sind konkrete Grundlagen dafür selten Gegenstand öffentlicher Debatten. An ihrer Stelle sind wenig informative moralisierende Ansichten im Umlauf, das geht von Behauptungen über die völlige Abwesenheit einer Zivilgesellschaft in Russland¹ bis hin zu Vorschlägen, durch eine Koalition oppositioneller politischer Kräfte bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen einen Regimewechsel² herbeizuführen.

Teil 1 Was sich im gesellschaftspolitischen Bereich verändert hat

Im Verlauf des ersten Jahres nach der Militärinvasion in die Ukraine wurden gegen Dutzende große Medien und Tausende Internetportale Verbote verhängt, oder aber sie sahen sich ihrerseits gezwungen, ihre Arbeit auf dem Gebiet Russlands einzustellen.³ Ausufernde Repressalien tangierten Tausende gegen den Krieg auftretende Aktivist*innen und Politiker*innen⁴, und noch dazu *Golos (Stimme)*⁵, den Zusammenschluss unabhängiger Wahlbeobachter*innen. Staatlichem Druck sahen sich auch etliche Unterzeichner*innen einer offenen Antikriegserklärung aus diversen professionellen Communities ausgesetzt⁶, darunter auch gemeinnützige Organisationen⁷. Sogar dem Staat gegenüber loyal eingestellte Bewegungen, die offen Kritik

1 <https://news.obozrevatel.com/russia/v-rossii-net-grazhdanskogo-obschestva.htm>

2 <https://meduza.io/feature/2023/10/02/kats-prizval-hodorkovskogo-i-komandu-navalnogo-ob-edinitsya-protiv-putina-pered-vyborami-2024-goda-i-tut-nachalos>

3 <https://rtvi.com/stories/pod-blokirovkoj-ili-inoj-formoj-cenzury-kak-izmenilas-rabota-smi-v-rossii-posle-nachala-specoperaczii/>

4 <https://oi.legal/instruction/anti-war-case>

5 <https://golosinfo.org/articles/146220>

6 <https://theins.ru/news/248926>

7 <https://meduza.io/feature/2022/10/18/posle-24-fevralya-470-blagotvoritelnyh-organizatsiy-podpisali-antivoennoe-pismo-teper-im-stali-regulyarno-otkazyvat-v-prezidentskih-grantah-a-bez-nih-pomogat-ochen-tyazhelo>

an der Mobilmachung und dem Militärapparat übten, waren von repressiven Maßnahmen betroffen.⁸

Nüchtern betrachtet handelt es sich dabei lediglich um eine Beschleunigung zuvor ohnehin bereits vorhandener Tendenzen. Zu den vor dem Krieg angewandten Methoden der Druckausübung auf die öffentliche Sphäre gehören Gesetze über sogenannte „ausländische Agenten“, „unerwünschte Organisationen“ und „Extremismus“, eine willkürliche Anwendung von Coronavirus-Beschränkungen bei der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen und Gewaltausübung der *siloviki*.

Gesetzliche Restriktionen gegen Unerwünschte

Der Status eines „ausländischen Agenten“ geht mit einer Reihe formaler Verpflichtungen einher. Bei Nichtbefolgung droht zunächst ein administratives Verfahren, im Falle sich wiederholender Verstöße ein Strafverfahren. Meiner Ansicht nach betreffen die weitreichendsten Restriktionen für „ausländische Agenten“ ihre Beteiligung am Wahlprozess.

Im Juni 2023 nahm der Oberste Gerichtshof dazu Klarstellung: „Eine Person, die ein ausländischer Agent ist, darf keine Tätigkeiten ausüben, die die Nominierung von Kandidaten, Kandidatenlisten, die Wahl zugelassener Kandidaten, die Nominierung einer Initiative zur Durchführung eines Referendums und die Durchführung eines Referendums, die Erzielung eines bestimmten Stimmergebnisses bei einer Wahl oder einem Referendum fördern oder behindern oder sich anderweitig an Kampagnen für Wahlen oder Referenden beteiligen. In diesem Sinne kann eine Person mit dem Status eines ausländischen Agenten nicht als Beobachter bei einer Wahl oder einem Referendum auftreten.“⁹

Demnach dürfen sie keine Werbung für andere Kandidat*innen betreiben und nicht einmal der Stimmabgabe als Beobachter*in beiwohnen. Selbst hingegen dürfen sie sich zwar zur Wahl stellen, sind jedoch verpflichtet, auf sämtlichen Wahlkampfmaterialien und offiziellen Unterlagen der Wahlkommission ihren Status mit Großbuchstaben zu kennzeichnen.

8 <https://ovd.info/express-news/2022/12/08/v-samarskoy-oblasti-zaderzhali-aktivistok-sovetamaterey-i-zhen>

9 <https://www.vsrfr.ru/documents/own/32602/>

Лавка
гостей

БЖ



Es gibt die Auffassung, dass der Status als „ausländischer Agent“ eine Art von Staats wegen vergebenes „Brandmal“ darstellt, sozusagen als Verwarnung vor einer weiteren Strafverfolgung. Im ersten Kriegsjahr fanden 218 neue „Agent*innen“ Aufnahme in das entsprechende Register.¹⁰ Nach Stand von Oktober 2023 sind darin insgesamt 697 „ausländische Agenten“ erfasst¹¹, vor März 2022 betrug ihre Zahl 336. Geführt wird das Register seit 2013.

Wird eine ausländische Organisation als „unerwünscht“ eingestuft, zieht das für alle Angehörigen strafrechtliche Konsequenzen nach sich, bei mittelbarer Beteiligung an ihrer Arbeit sind administrative Verfahren vorgesehen, beispielsweise bei einer Erwähnung auf Social Media.¹² Als „unerwünscht“ gelten unter anderem *Open Russia* von Michail Chodorkowskij, die *Heinrich-Böll-Stiftung*, das *Bard College*¹³, das größte unabhängige russischsprachige Medium *Meduza*¹⁴ und das sich auf investigative Recherchen spezialisierende Internetportal *Projekt*¹⁵.

Bei einer Klassifizierung als „extremistisch“ sind strafrechtliche Ermittlungen gegen all jene vorgesehen, denen im Laufe eines Verfahrens und durch das Gericht eine Beteiligung unterstellt wird. Im Oktober landeten auf diese Weise drei Anwälte des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj in Untersuchungshaft, da ihnen vorgeworfen wurde, für eine von Nawalnyj angeführte extremistische Organisation tätig zu sein. Wer Kennzeichen „extremistischer“ Gruppierungen auf Social Media veröffentlicht, beispielsweise das Logo von Nawalnyjs Antikorruptionsfonds, muss mit administrativen Strafen oder einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen.

Das Coronavirus als Vorwand für Verbote

Nach wie vor bestehen in Russland im Zuge der Covid-19-Pandemie eingeführte formale Beschränkungen bei der Durchführung von Großveranstaltungen. Ihre Anwendung erfolgt jedoch faktisch nur in Bezug auf missliebige Politiker*innen

10 <https://news.ru/russia/skolko-novyh-inoagentov-poyavilos-v-rossii-za-god-svo-infografika/>

11 <https://minjust.gov.ru/uploaded/files/reestr-inostrannyih-agentov-13102023.pdf>

12 <https://meduza.io/feature/2023/05/26/za-repost-nezhelatelnoy-organizatsii-na-menya-ili-moe-go-blizkogo-zaveli-administrativnoe-delo-chto-delat-i-kuda-obraschatsya>

13 <https://www.bard.edu/>

14 <https://meduza.io/>

15 <https://www.proekt.media/>

und Aktivist*innen. Ansonsten finden auf Russlands Straßen ständig alle möglichen Massenveranstaltungen statt, die entweder mit Politik nichts zu tun haben oder der öffentlichen Demonstration von Staatsloyalität dienen.

Die unmittelbare Gewalt des Sicherheitsapparats

Hausdurchsuchungen, Verhöre, an den Haaren herbeigezogene Strafverfahren, Einschüchterung, Anwerbung und dergleichen mehr kamen im postsowjetischen Russland mindestens seit Mitte der 2000er Jahre zum Einsatz. Solche Methoden weiteten sich immer mehr aus, in den Jahren 2022 und 2023 erlebten sie schließlich einen sprunghaften Anstieg.

Neu hinzu kamen 2022 weitere Druckmechanismen, wie die neuen gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der „Diskreditierung der Streitkräfte“ und „militärischer Falschmeldungen“. Aufgrund jeglicher Äußerungen über den Krieg in der Ukraine, die der Staat als nichtkonform einstuft, ermöglichen es diese Gesetze für schuldig befundene Personen mit hohen Geldstrafen zu belegen und sie zu langjährigen Haftstrafen zu verurteilen. So lautete das Urteil gegen den Moskauer Bezirksabgeordneten Alexej Gorin auf sieben Jahre Straflager, weil er bei einer Sitzung entgegen der dort vorgebrachten Anträge vorgeschlagen hatte, wegen des Krieges auf die Durchführung von Festveranstaltungen zu verzichten.¹⁶

Zusammengenommen stellt also jede offene Antikriegsäußerung innerhalb Russlands eine Gefahr dar. Doch trotz dieser Risiken tun Menschen in Russland regelmäßig ihre Haltung gegen den Krieg kund, was für sie unmittelbare Repressalien zur Folge hat.¹⁷

Teil 2 Wie sich Nischen der politischen Teilhabe verändern

Wie im Weiteren zu sehen ist, hat die dargelegte Ausweitung staatlicher Repressalien vehemente Auswirkungen auf einzelne Segmente des politischen Lebens.

Straßenproteste

Zuletzt fanden im Februar 2022, direkt im Anschluss an den Kriegsbeginn, Großkundgebungen in Russland statt. Nach Angaben der Organisation OVD-Info

¹⁶ <https://www.bbc.com/russian/news-62090629>

¹⁷ <https://zona.media/article/2023/02/24/year-of-protests>

gab es bei den spontanen Antikriegskundgebungen am 24. Februar etwa 2000 Festnahmen.¹⁸ Danach ließen die verschärften Rahmenbedingungen keine Massenaaktionen mehr zu. Trotz der Verbote trugen die Menschen ihren Protest weiter auf die Straße – als Einzelperson mit einem Plakat oder in kleinen Gruppen. Doch auch wenn diese Protestform weiterhin aktuell bleibt, ändert das nichts daran, dass Straßenproteste als politische Ausdrucksform in Russland de facto nicht mehr existieren.

Aktive Wahlbeteiligung als unabhängiges Engagement

Im Sommer 2022 traten einige Hundert gegen den Krieg eingestellte Oppositionelle bei den Moskauer Bezirkswahlen an.¹⁹ Mehrheitlich tauchten ihre Namen in den Stimmzetteln gar nicht erst auf, da diese Kandidat*innen im Vorfeld reihenweise mittels halblegaler Machenschaften und Repressalien keine Zulassung zu den Wahlen erhalten hatten.²⁰ Lediglich zehn derer, die diese Hürde genommen hatten, setzten sich schließlich bei den Wahlen durch. Zum Vergleich erlangten bei den vorangegangenen Bezirkswahlen 2017 unabhängige Kandidat*innen über 200 Mandate. Dieses ernüchternde Ergebnis war auch deshalb vorhersehbar, weil neben der Abstimmung in einem Wahllokal das System der elektronischen Stimmabgabe (e-Voting) zum Tragen kam. Den Behörden öffnete dies Tür und Tor, um ohne jegliche öffentliche Kontrolle die offiziellen Stimmergebnisse zu manipulieren.²¹

Bei den 2023 durchgeführten Bezirks- und Regionalwahlen sank die Anzahl unabhängiger Kandidat*innen auf das Niveau von vor zehn bis fünfzehn Jahren. Nicht ein einziger Wahlkampf reichte auch nur ansatzweise an öffentlichkeitswirksame Kampagnen aus der Vorkriegszeit heran.

57

Auch hier wird deutlich, dass die aktive Wahlbeteiligung kein Mittel mehr für politische Teilhabe von unten darstellt, wie dies noch bis 2021 der Fall war. Dazu trug eine ganze Reihe von Faktoren bei:

¹⁸ <https://ovd.info/articles/2022/02/25/net-voyne-itogi-akcii-protiv-voyny-s-ukrainoy-24-fevralya>

¹⁹ <https://www.kommersant.ru/doc/5380323>

²⁰ <https://www.svoboda.org/a/v-moskve-snimayut-nezavisimyh-kandidatov/31985399.html>

²¹ <https://golosinfo.org/articles/146296>

1. Verschärfungen der Zulassungsbedingungen;
2. Repressalien gegen Kandidat*innen und ihre Wahlkampfstäbe, die faktische Unterbindung offener Wahlagitation;
3. die Massenmigration politisch aktiver Menschen, die zuvor den Kern oppositioneller Wahlkampagnen bildeten;
4. Apathie und Angst der Protestwähler*innen angesichts der oben beschriebenen Zustände und des Krieges;
5. die Ausweitung des e-Voting und die damit einhergehende Erleichterung, Wahlergebnisse zu manipulieren;
6. die gewaltvolle Auflösung der Bewegung unabhängiger Wahlbeobachter*innen, die bis dahin auf eine faire Stimmenaushölung hinwirkten.

Angesichts dieser Begleitumstände sind die Perspektiven einer wie auch immer garteten aktiven Beteiligung oppositionell eingestellter Bürger*innen bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen extrem zweifelhaft. Bis jetzt liegt aus oppositionellen politischen Kreisen zudem kein ernstzunehmender Vorschlag vor, mit welchen Mitteln dies zu erreichen wäre. Dafür gibt es gute Gründe.

Lokalpolitik

In den 2010er Jahren erlebte die auf Agenden kleiner Bezirke ausgerichtete russische Lokalpolitik einen regelrechten Boom.²² In dieser Nische fanden Tausende Menschen im ganzen Land ein Betätigungsfeld. Praktisch agierten sie hauptsächlich im Verbund mit Initiativen vor Ort, die ihre lokalen Interessen durch kollektives Vorgehen gegenüber den Behörden und kommerziellen Gruppen durchzusetzen vermochten. Je nach politischem Reifegrad stellten diese Zusammenhänge eigene Kandidat*innen bei den Lokalwahlen auf und erreichten dadurch in gewissem Umfang eine institutionelle Verankerung im System.

Was die vergangenen zwei Jahre betrifft, lassen sich Veränderungen in dem Bereich und jeweils dafür relevanten Faktoren nur schwer ermessen, dafür bräuchte es eine

²² <https://doxa.team/articles/munitsipalnoe-dvizhenie>

umfangreiche Studie. Sicher sagen lässt sich hingegen, dass der feste Kern dieser lokalen Communitys für den Krieg und die repressiven Folgen im öffentlichen Raum keine Akzeptanz mitbringt. Schwindende Handlungsoptionen für öffentlichkeitswirksame Kampagnen und die aktive Teilnahme an Wahlen führten unabhängig vom lokalen Machtgefüge zum Zerfall dieser Netzwerke und zum Niedergang der unabhängigen Lokalpolitik als solcher.



Dazu zwei Beispiele aus Moskau.

Am 21. Oktober 2023 wurden lokale Anwohner*innen im Stadtteil Birjuljowo Wostotschnoje bei der Sammlung von Unterschriften unter einer Petition zur Fertigstellung eines Wohnkomplexes festgenommen. Es handelte sich um durchschnittliche geprellte Anteilseigner*innen, die keinerlei politische Forderungen aufgestellt hatten.

Einen Tag später löste die Polizei ein Treffen lokaler Aktivist*innen in einem Café auf, bei dem stadtteilrelevante Probleme und Formen gegenseitiger Unterstützung zur Sprache kamen. Eine Teilnehmerin wurde festgenommen, später jedoch ohne Anschuldigungen wieder freigelassen.

Diese Beispiele illustrieren, dass die zunehmend repressive Kontrolle des öffentlichen Raums sich sogar auf apolitische Stadtteilinitiativen erstreckt, die bislang als harmlos galten. Inzwischen ziehen sie so viel Aufmerksamkeit der Behörden auf sich, wie gerade mal fünf Jahre zuvor radikale Oppositionsbewegungen.



Menschenrechte und Wohltätigkeit

Nach der im September 2022 ausgerufenen Teilmobilmachung kristallisierten sich zwei gesonderte gesellschaftspolitische Tätigkeitsformen heraus, die für manche eine gangbare Alternative anstelle ihres bisherigen Engagements darstellt: Menschenrechtsarbeit, vorrangig mit Bezug zu Personen, denen eine Rekrutierung zum Militär droht, und die Arbeit mit Geflüchteten und anderen von den Kampfhandlungen direkt Betroffenen. Spenden für in unterschiedlichen Bereichen tätigen Menschenrechtsorganisationen nahmen in der Folge zu, auch wenn diese keine direkte Unterstützung für zum Kriegsdienst Verpflichtete leisten, während ansonsten im Bereich der Wohltätigkeit der absteigende Trend bei der Spendenentwicklung im Vergleich zu 2021 anhält.

Ähnliche sprunghafte Anstiege gab es auch im Zusammenhang mit anderen eklatanten Ausprägungen des staatlichen Gewaltmonopols, auf die die Gesell-



schaft geschockt reagierte: Im Februar und März 2022 direkt im Anschluss an den Invasionsbeginn²³ und zuvor im Zusammenhang mit Protestaktionen, die mit brutalen Festnahmen einhergingen²⁴. Daraus lässt sich schließen, dass die gesellschaftspolitische Bedeutung von Menschenrechtsorganisationen gleichbleibend groß ist.

Dabei beobachten wir, dass Menschenrechtsarbeit oft als Ersatz für ein bisheriges gesellschaftspolitisches Engagement herhält. Als ein für eine Bezirksinstitution in Moskau tätiger Jurist auf seinem bescheidenen Telegram-Kanal Rechtsberatung für Wehrpflichtige und im Rahmen der Mobilmachung zum Militär rekrutierte Personen und ihre Angehörigen anbot, folgte ein Sturm an Anfragen.

Seine spontane Umorientierung zum Menschenrechtler ist seinen Worten nach eine Art Kompensationsmechanismus, um „wenigstens irgendetwas zu tun, sich irgendwie einzubringen“ und weggefallene Optionen zur Unterstützung nahestehender politischer Organisationen zu ersetzen. Aus dieser Motivation heraus entstanden seit Ausrufung der Teilmobilmachung und der im Herbst gestarteten Einberufungsphase zum regulären Wehrdienst etliche Zusammenschlüsse von Jurist*innen, die in der Öffentlichkeit zwar kaum auffallen, aber bei von einer Rekrutierung bedrohten Menschen auf riesige Resonanz treffen.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die im Oktober 2023 erfolgte Verhaftung von Nawalnyjs Anwälten ein heftiger Schlag für die gesamte Anwaltschaft ist, der sich auch auf die beschriebene Nische auswirken wird.

Humanitäre Hilfe für von den Kampfhandlungen und der Mobilmachung Betroffene füllt gelegentlich ebenfalls das Vakuum, das durch den Wegfall bisheriger Formen gesellschaftspolitischen Engagements entstanden war. Spendensammlungen für Geflüchtete und die Bewohner*innen in den umkämpften Gebieten der Ukraine finden an vielen öffentlichen Orten statt. Darüber hinaus existieren auch nicht-öffentliche Formen der Unterstützung mit finanziellen Mitteln, Unterkünften und der Beschaffung von Dokumenten für aus der Ukraine Geflüchtete, die sich wegen Sicherheitsbedenken nicht direkt an die zuständigen staatlichen Stellen wenden.

23 <https://tochno.st/materials/komu-zhertvovali-rossiyane-v-fevrale-ezhemesyachnyy-monitoring-blagotvoritelnykh-platezhey>

24 <https://liberal.ru/lm-ekspertiza/protestnaya-mobilizatsiya-2021-kto-vyshel-na-mitingi-i-pochemu>

Geld- und Sachspenden erfolgen an Sammelpunkten und werden über Nachbarschafts-Chats organisiert. Solche Aktionen ähneln Umweltkampagnen für Mülltrennung auf Stadtteilebene, teilweise werden Sammlungen jedoch auch von staatsloyalen Vereinigungen und kremlnahen Parteien durchgeführt. In dem Fall handelt es sich nicht um eine Basisinitiative, sondern dient der Zurschaustellung staatsloyaler Aktivitäten gegenüber den Vorgesetzten. Daher sind im Kontext der hier behandelten Fragestellung nur die selbstorganisierten Sammelpunkte von Interesse, denn dort entwickeln Bürger*innen Eigeninitiative und suchen eigenständig den Kontakt zu Stiftungen, die Geflüchtete unterstützen, wie beispielsweise „Lawka radostej“ (Freudenladen).²⁵

Derartige Initiativen kommen dem Verlangen nach gesellschaftspolischem Engagement durchaus entgegen, da man auf diese Weise Erfahrungen kollektiven Handelns sammelt (das gilt insbesondere für die Verantwortlichen). Aber sie vermitteln auch das Gefühl, an der Lösung sozialer Probleme involviert zu sein und erlauben, an Sammelpunkten auf der Straße oder in Chats auf unverfängliche Weise mit Unbekannten ins Gespräch über politische Themen zu kommen. Chats werden gelegentlich von lokalen Abgeordneten und Stadtteilaktivist*innen mit oppositionellen Ansichten ins Leben gerufen. Sie versuchen die lokale Gemeinschaft bei Laune zu halten, wo andere Beteiligungsformen hinfällig geworden sind. Faktisch bleibt die Unterstützung von Geflüchteten als einzige praktische Alternative bestehen, weil der Staat dies als Zustimmung zur Regierungspolitik wertet.

Aktionismus und der Untergrund

Natürlich existieren haufenweise Aktionsformen mit gesellschaftspolischem Ansatz, die mehr oder weniger mit dem Gesetz nicht vereinbar sind. Dazu gehört Straßenkunst, beispielsweise Antikriegsgraffiti²⁶, oder Brandanschläge auf Rekrutierungsstellen²⁷, Verwaltungsgebäude oder Schaltkästen der Eisenbahn²⁸. In die Öffentlichkeit dringen fast keine Informationen über die Identität derjenigen, die hinter diesen Aktionen stehen. Vermutlich handelt es sich um Einzelpersonen. Kenntnis von solchen Vorkommnissen erhält man normalerweise erst in Verbindung mit der Festnahme von Beschuldigten.²⁹

62

²⁵ <https://lavkafond.ru/campaign/pomoshh-bezhenczam/>

²⁶ <https://paperpaper.io/nadpisi-nesut-nadezhdu-cto-ne-vse-lyudi/>

²⁷ <https://zona.media/theme/gorit>

²⁸ <https://www.rbc.ru/rbcfreeneews/64b0f8d19a7947e7c8024246>

²⁹ <https://www.kommersant.ru/doc/6184143>

Ein deutlicher Anstieg ist bei allen Aktivitäten zu verzeichnen, die mit der Unterstützung von aus der Ukraine Geflüchteten und mit der Hilfe bei der Ausreise von politisch verfolgten Aktivist*innen und Deserteuren zu tun haben (beispielsweise *Wywoschuk* und *Idite lesom*³⁰). In Russland bewegen sie sich jenseits der Legalität, doch obwohl sie ohne öffentliches Aufsehen agieren, begreifen viele daran Beteiligte ihr Tun als politischen Akt.



Teil 3 Politischer Einfluss der emigrierten Opposition auf russische Politiker

Viele ins Ausland emigrierte oppositionelle Führungspersönlichkeiten betreiben eigene Medienprojekte, allen voran auf Youtube. Beim liberalen Flügel steht der Kanal von Maxim Katz mit fast zwei Millionen Follower*innen an der Spitze, bei der Linken steigt die Popularität der Kanäle des Abgeordneten im Moskauer Stadtparlament Jewgenij Stupin und des Gewerkschaftsaktivisten Andrej Rudoj. Im Vergleich dazu stagniert die Entwicklung der Kanäle von Alexej Nawalnyj und seinen Anhänger*innen, die noch unlängst im russischsprachigen politischen Segment von Youtube zu den beliebtesten gehörten.

Trotz steigender User*innenzahl bei oppositionellen Medien geht ihr politischer Einfluss auf die Menschen innerhalb Russlands deutlich zurück. Oppositionelle Youtube-Kanäle bilden eine Informationsblase, die sich mit ihrer Antikriegsagenda der Putinschen Propaganda widersetzen und demgegenüber ihre eigene Sichtweise als Gegenposition präsentieren. Allen Vertreter*innen dieser Blase gemein ist das Problem, dass sie aus den oben dargelegten Gründen innerhalb Russlands nicht in der Lage sind, politisch zu handeln. Zwar ist das Interesse an Aktionsaufrufen durchaus vorhanden, praktische Konsequenzen bleiben hingegen aus. Daher werden die Inhalte der Videos in Russland vermehrt als reine Unterhaltung zur Freizeitgestaltung wahrgenommen und nicht als Bestandteil komplexer Formen politischen Handelns.

Im Herbst 2023 entwickelte sich auf Youtube eine großangelegte Debatte über die Beteiligung an den im Frühjahr 2024 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Einige Medien-Oppositionelle – allen voran der bereits erwähnte Maxim Katz – stellten die Behauptung auf, es bestünde die Möglichkeit, den Wahlausgang über die aus der Emigration heraus tätigen Medien zu beeinflussen. Ihren Vorstellungen nach beträgt

30 <https://zona.media/article/2023/10/16/vyvozhuk> und <https://taplink.cc/iditelesom>

die Gesamtzahl ihrer Zuschauer*innen bis zu 30 Millionen. Käme dieses Potenzial bei der Stimmabgabe an den Wahlurnen zum Tragen, ließe sich dies am Wahlergebnis deutlich ablesen, so die Argumentation. Die Gegenstimmen dazu lassen sich an drei Punkten festmachen: Erstens sind 30 Millionen maßlos übertrieben, zweitens befindet sich ein guter Teil der Medien-Konsument*innen im Ausland und kann gar nicht abstimmen, drittens lässt sich die Agitation im Internet ohne einen lebendigen Wahlkampf vor Ort nicht eins zu eins in reale Wahlstimmen konvertieren.

Dabei verfügt keine der Oppositionskräfte nicht einmal über zehn Prozent der für einen landesweiten Wahlkampf in Russland notwendigen Ressourcen. Am ehesten wäre das Netzwerk von Alexej Nawalnyj dazu fähig gewesen, doch davon ist durch die gezielte Zerschlagung nach seiner Festnahme 2021 praktisch nichts mehr vorhanden. Insofern handelt es sich bei der Debatte um eine Wahlbeteiligung über eine rein abstrakte Frage. Praktisch umsetzbare Vorschläge liegen nicht vor und sind derzeit auch illusorisch.

Daraus folgt, dass die Medienpräsenz der Opposition keine Option für eine politische Teilhabe in Russland selbst bietet, auch wenn deren Beiträge durchaus auf Resonanz stoßen.

Teil 4 Wie Patriot*innen für den Krieg eine alternative Zivilgesellschaft konstruieren

Auch jenseits des Umfelds politischer Oppositioneller bilden sich gesellschafts-politische Epizentren heraus, wie eines der herausragendsten Beispiele, die Bewegung Rat der Mütter und Ehefrauen, zeigt. Darin organisierten sich weibliche Angehörige von zum Militärdienst eingezogenen Männern, die mit der Zeit eine kritische Haltung gegenüber der Regierung an den Tag legten. Anfänglich hatten sie keine ausgeprägten politischen Überzeugungen, doch nachdem sie erste Erfahrungen mit der Gleichgültigkeit der Behörden und Repressionen gegenüber ihren Sprecherinnen gemacht hatten, nahmen ihre Einstellungen und Rhetorik deutlich regierungskritische Züge an. Sie distanzierten sich von allen politischen Kräften und hegten keine Sympathien für politische Parteien oder Politiker*innen, gleichzeitig bewahrten sie ihre Loyalität dem Präsidenten gegenüber und ließen ihren Zorn nicht an ihm, sondern an dessen Untergebenen aus.

Es lässt sich nur schwer schätzen, wieviele Frauen sich dieser Bewegung insgesamt angeschlossen hatten. Zum Höhepunkt ihrer Aktivitäten wies ihr Telegram-Kanal 25000 Mitglieder auf und den zahlreichen Kommentaren unter einzelnen Beiträgen

nach zu schließen, erscheint diese Angabe durchaus realistisch. Ihre potenzielle Reichweite dürfte jedoch weit darüber hinaus gehen, wo sich doch Hunderttausende von Frauen in einer ähnlichen Lage befinden. Wie zu erwarten war, machte sich der Staat schließlich im Sommer 2023 daran, mit der Bewegung abzurechnen. Ihre Anführerin Olga Zukanowa wurde als „ausländische Agentin“ eingestuft und mit kurzen Haft- und Geldstrafen belegt. Im Juli verkündete der Rat pro forma seine Auflösung.

Naturgemäß wecken die Mobilmachung und die Verschlechterung der sozio-ökonomischen Bedingungen in Russland Unzufriedenheit bei den verwundbarsten Bevölkerungsgruppen. Diese Stimmungen versuchen nicht nur die Behörden aufzufangen und zu steuern, sondern auch diverse patriotische Vereinigungen, die keinen direkten Draht zu staatlichen Strukturen besitzen und die Regierung für ihre lasche Kriegsführung kritisieren. Sie warten mit einer ultrapatriotischen Agenda auf, die sich an rasch politisierenden Gruppen orientiert, und versuchen für konkrete Beteiligungsangebote empfängliche Menschen in Sammelaktionen für die Armee eingezogene Soldaten und Bewohner*innen der besetzten ukrainischen Gebiete organisatorisch einzubinden. Einer von ihnen ist der in Deutschland geborene rechte Moskauer Lokalpolitiker Roman Juneman.

Im Lager der patriotischen Kriegsbefürworter*innen kursiert sogar die Einschätzung, dass, in Abgrenzung zur liberalen Öffentlichkeit, mit der Selbstorganisation an der Basis zur Unterstützung der Front und zur Bekämpfung innerer Feinde endlich eine echte „Zivilgesellschaft“ entstanden sei. Innerhalb von anderthalb Jahren nach dem Februar 2022 ließ sich in Russland keine massenhafte Kriegsbegeisterung erkennen. Weder bildeten sich Schlangen vor den Rekrutierungsstellen, noch fanden Großkundgebungen zur Solidarisierung mit den Kämpfenden statt. Im Gegenteil reagierte die Gesellschaft mit auffallender Zurückhaltung auf die Kriegsereignisse, nach der Ausrufung der Teilmobilmachung lässt sich sogar die Tendenz ausmachen, sich nach Möglichkeit von jeglicher staatlicher Initiative abzugrenzen. Weder die tödlichen Anschläge auf den Z-Blogger Wladlen Tatarskij³¹ und den Chef der Wagner-Söldnergruppe Jewgenij Prigoschin³², noch die Inhaftierung des unter imperialen

31 Der russische Kriegskorrespondent Maxim Fomin alias Wladlen Tatarskij kam am 2. April 2023 in einem St. Petersburger Café bei einem Bombenanschlag ums Leben. Das „Z“ kennzeichnet Kriegsanhänger*innen und steht symbolisch für „Za pobedu“ – „Für den Sieg“.

32 Jewgenij Prigoschin kam am 23. August 2023 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Patriot*innen populären Igor Girkin³³ riefen nennenswerte Reaktionen in der Öffentlichkeit hervor. Insofern fällt auch das Mobilisierungspotenzial der für den Krieg agierenden patriotischen Bewegungen hinsichtlich einer politischen Betätigung äußerst gering aus.

Wichtig ist in diesem Kontext, dass politisierte Gruppen mit oppositionellen liberal-demokratischen Bezügen und Putins Gefolgschaft um die apolitische Mehrheit konkurrieren. Ausgeprägte Kriegsgegner*innen und Kriegsbefürworter*innen bilden eine Minderheit und sind jeweils bestrebt, die Sympathien der Mehrheit auf ihre Seite zu ziehen. Sollten nationalistische und militaristische Kräfte damit Erfolg haben, könnte sich Russland in einen offen faschistischen Staat verwandeln: Denn dann könnte sich auf der Straße Gewalt in voller Wucht gegen jene entladen, die sich nicht ausdrücklich dem Regime anbiedern, und die Front erhielte Nachschub durch eine zunehmende Menge tötungsbegeisterter Fanatiker.

In liberalen Kreisen ist es Usus, die im Rahmen der Teilmobilmachung eingezogenen Soldaten in ihrer Gesamtheit als Kriegsverbrecher zu stigmatisieren, während viele von ihnen nicht einmal in die Nähe der Kontaktlinie gekommen sind. Andere waren direkt an der Front im Einsatz, allerdings viele von ihnen ohne erkennbaren Enthusiasmus und mit dem Verlangen nach Hause zurückzukehren. Diesen Menschen und ihren Familien sollte Rechtsbeistand gewährt werden, denn das könnte ihr Verständnis und Sympathien für regierungskritische Ansichten wecken. Lässt man die im Rahmen der Teilmobilmachung zur Armee eingezogenen Soldaten allein, kann es leicht passieren, dass sie sich voll und ganz antiliberalen und antiwestlichen Ressentiments hingeben. Ihnen abzuverlangen, liberale Werte zu teilen, reicht für sich genommen nicht aus. Es braucht auch konkrete Unterstützungsangebote für diejenigen, die trotz erfolgter Rekrutierung zur Armee einen Kampfeinsatz ablehnen, um sie nicht direkt in die Reihen der Putin-Anhänger*innen zu treiben.

66

33 Igor Girkin alias Igor Strelkow, Offizier im Ruhestand, wurde vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht befand ihn und weitere russische Angeklagte für schuldig, die Verantwortung für den Einsatz einer Luftrakete zu tragen, die im Juli 2014 über der Ostukraine zum Abschuss einer Passagiermaschine der Malaysia Airlines geführt hat. Seit Sommer 2023 befindet er sich wegen des Vorwurfs auf Extremismus in Russland in Untersuchungshaft.



Fazit

Jene bescheidenen Optionen für politische Teilhabe, die in Russland noch im Jahr 2022 anzutreffen waren, erscheinen aus dem heutigen Blickwinkel heraus umfassend und vielfältig. Praktisch alle bis zum Beginn des großangelegten Angriffskrieges gegen die Ukraine existierenden Formen von unabhängigem politischem Engagement hat der Staat zunichte gemacht. Damit sind nicht nur oppositionelle Bewegungen gemeint, sondern ebenfalls im Grunde genommen apolitische lokale Basisinitiativen und sogar den Krieg unterstützende patriotische Zusammenschlüsse, die der Regierung kritisch gegenüber stehen.

Gleichzeitig steigt das Bedürfnis der Menschen nach gesellschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten angesichts der sich verschlechternden sozioökonomischen Lage, den Folgen der Mobilmachung und der allgemeinen Skepsis hinsichtlich der Kriegsperspektiven und der Zukunft des Landes. Also suchen sie nach neuen Formen, sich zu engagieren, und erschließen dafür relativ ungefährlich scheinende Nischen. Russlands Zukunft wird nicht zuletzt davon geprägt sein, mit welchen politischen Inhalten sich diese Nischen füllen – revanchistischen oder demokratischen. ✎

Jurij Uschakow

war von 2017 bis 2022 unabhängiger
Bezirksabgeordneter in Moskau.



WIE SICH DIE MENSCHEN IN RUSSLAND ZUM KRIEG IN DER UKRAINE POSITIONIEREN



Ein Interpretationsversuch einschließlich
Kritik an gängigen Stereotypen

Während wir gemeinsam mit meiner Deutschlehrerin durch die Ausstellungssäle der *Topographie des Terrors* liefen, sprachen wir mit gedämpfter Stimme über den Umgang der deutschen Gesellschaft und des Staats mit dem NS-Erbe. Schnell kam das Gespräch auf die Frage, wie die Russ*innen zum Krieg stehen. „In Europa haben wir den Eindruck, dass die Propaganda ganz Russland einer Gehirnwäsche unterzogen hat“, sagte Katharina. „Das ist noch gar nichts“, antwortete ich mit einem Augenzwinkern Richtung einer Mitschülerin aus Moskau. „Viel schlimmer ist, dass viele unserer Oppositionellen das gleiche denken.“ Obwohl Untersuchungen nachweisen¹, dass der Einfluss der Kreml-Propaganda Grenzen aufweist und mehrdeutige Wirkungen erzielt, halten viele die russische Gesellschaft tatsächlich immer noch für eine Ansammlung von Zombies, die in ihrer Gesamtheit voll hinter der Staatsmacht und deren aggressiven Handlungen stehen.

69

Doch birgt ein derart verallgemeinernder Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Regime auch Gefahren. Erstens verführt die Gleichstellung der Gesellschaft mit dem Regime zu unsinnigen oder gar kontraproduktiven Entscheidungen. So blockierte das westliche Bankensystem zu Kriegsbeginn internationale Überweisungen für alle in Russland lebenden Menschen, und anderthalb Jahre später erließ die Europäische Union ein Einreiseverbot für Autos mit russischen Kennzeichen. Solche Maßnahmen reißen sich bestens ein in das Putinsche Narrativ vom Hass Europas auf alle Russ*innen. Zweitens reproduzieren von bekannten Oppositionellen laut geäußerte Über-

¹ <https://www.opendemocracy.net/en/odr/how-does-russian-tv-propaganda-really-work/>

legungen hinsichtlich einer „Kollektivschuld“, ja mehr noch, einer intellektuellen und moralischen Rückständigkeit der Russ*innen lediglich eine die eigene Distanz von der Gesamtbevölkerung entblößende Rhetorik. So sprechen Teilnehmer*innen russischer Antikriegskonferenzen von „imperialem Gedankengut“, von „krankhaften Einstellungen“ der Russ*innen und der Notwendigkeit einer „moralischen Läuterung“. Doch führen Mahnungen und Diagnosen ganz offensichtlich weder zu einer Politisierung apolitischer Bürger*innen, noch zum Kollaps des Regimes. Drittens, ohne sich in die Frage zu vertiefen, welche politischen Überzeugungen die Menschen in Russland vertreten und unter welchen Bedingungen sie zustandekommen, wäre es falsch zu glauben, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg unterstützt. Genau mit diesem Thema befasst sich der vorliegende Text.

Eine Frage der Einordnung

Es gibt zwei Möglichkeiten, um herauszufinden, wie eine Gesellschaft über ein Ereignis denkt. Die erste besteht darin, das Verhalten von Menschen zu beobachten, die zweite konzentriert sich darauf, ihre Meinungsäußerungen zu erfassen. Beides findet jedoch nicht in einem Vakuum statt. Vielmehr verhalten sich Menschen entsprechend der geltenden Gesetzgebung und kultureller Gewohnheiten, deren Grenzen wiederum von den realen politischen Gegebenheiten und den somit vorgesehenen Handlungsoptionen bestimmt werden. Daraus lässt sich folgern, dass Sinn und Signifikanz des Verhaltens oder der geäußerten Meinung je nach den konkreten Umständen variieren. Bevor wir also beschreiben, wie sich die russische Gesellschaft verhält, und wie sie über den Krieg in der Ukraine kommuniziert, ist es notwendig, den Kontext zu betrachten, in dem die Gesellschaft existiert.

„Wladimir Putin ist beliebt. Und außerdem ist er ein Diktator“, heißt es in den Anfangszeilen einer in einem angesehenen westlichen Verlag erschienenen umfangreichen Studie über Putins Regime². Tatsächlich verweisen vom Kreml in Auftrag gegebene Umfragen und die Wahlergebnisse auf eine stark ausgeprägte Unterstützung des Regimes in der Bevölkerung. Gleichzeitig steht außer Frage, welche unzählige systematischen und zielgerichteten Repressalien Putin gegen seine Widersacher*innen anwendete. Der Beliebtheitsgrad des Präsidenten lässt sich nicht isoliert von seiner repressiven Machtausübung messen.

70

2 <https://yalebooks.yale.edu/book/9780300268362/putin-vs-the-people/>

In den Jahren vor dem Einmarsch in die Ukraine 2014 und dem großangelegten Angriffskrieg von 2022 nahm die repressive Ausprägung des Regimes extreme Ausmaße an. So verabschiedete die Duma im Anschluss an die Massenproteste gegen Wahlfälschungen und die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt in der kurzen Zeit von 2012 bis 2013 Gesetze über „ausländische Agenten“, die „Verletzung der Gefühle von Gläubigen“ und über das Verbot von Propaganda „nichttraditioneller Werte“ unter Minderjährigen. Diese Gesetze zielten darauf ab, die Opposition in Verruf zu bringen und ihre Distanz zu unpolitischen Bevölkerungsteilen zu vergrößern. Später, in den Jahren 2020 und 2021, endete schließlich unter dem Vorwand Covid-bedingter Restriktionen die Ära legal durchgeführter Straßenkundgebungen – sie unterliegen seither de facto einem Verbot. Zur selben Zeit fand ein Mordversuch an Putins wichtigstem Widersacher, Alexej Nawalny, statt, der nicht zuletzt dank des Einsatzes von Ärzt*innen der Berliner Charité überlebte. Inzwischen verbüßt der populärste russische Oppositionspolitiker eine neunzehnjährige Haftstrafe in einer Strafkolonie unter verschärften Bedingungen. Schließlich erfolgte zwei Monate vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine die erzwungene Auflösung der bekannten Menschenrechtsorganisation und des Zentrums für historische Bildung Memorial International.

Vor diesem Hintergrund erfuhr die russische Bevölkerung am 24. Februar 2022 vom militärischen Angriff ihres Landes gegen die Ukraine. Aus nicht ohne Grund bestehenden Befürchtungen heraus, es könnte sich lauter Protest regen, verabschiedete die Staatsmacht kurz darauf das Gesetz über die „Diskreditierung der Armee“, das eine Höchststrafe von fünfzehn Jahren Haft vorsieht. Strafbar macht sich, wer seinen Protest gegen den Krieg offen legt – individuell oder kollektiv, durch physische Präsenz oder virtuell –, ja, es reicht sogar die sogenannte „militärische Spezialoperation“ mit dem Begriff „Krieg“ zu benennen. In Russland besteht Kriegszensur. Wie also steht Russlands Bevölkerung zum Krieg?

71

Wie sich Russ*innen verhalten

Trotz der oben beschriebenen Restriktionen trägt ein kleiner Teil der Gesellschaft – eine fünfstellige Personenzahl³ – seit dem ersten Tag bis heute ihren Protest an die Öffentlichkeit. Demgegenüber sprach ein hochrangiger Vertreter der kremlnahen Allrussischen Volksfront von über einer Million Menschen, die Hilfe für die

3 <https://oi.legal/instruction/russian-wartime-repression-report-one-year-full-scale-invasion>



russische Armee in Form von Sach- und Geldspenden leisteten.⁴ Das sind weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Hunderttausende Menschen haben Russland verlassen, aus Angst vor Repressionen und der Teilmobilmachung.⁵ Demgegenüber steht der kämpfende Teil der Bevölkerung, jene, die zwangsweise zur Armee eingezogen wurden, jene, die sich von den Vertragsbedingungen haben verlocken lassen oder bemüht waren, dadurch ihre Schulden abzutragen, dem Gefängnis oder einer ärmlichen Existenz zu entkommen.⁶

Darüber, wie sich die Mehrheit der Menschen in Russland verhält, wissen wir kaum etwas. In den Medien dringen gelegentlich Nachrichten durch, dass Lehrkräfte die vorgeschriebenen Propagandaeinheiten zum Krieg sabotieren, doch in welcher Größenordnung dies passiert, ist unbekannt. Leicht zu messen sind hingegen patriotische Kundgebungen anlässlich der Krim-Annexion, bei denen es sich tatsächlich jedoch genau so gut um eine Inszenierung des Kremls handeln kann. Allein schon deshalb, weil Menschen zur Teilnahme genötigt werden.

Selbstverständlich haben wir es keineswegs mit einer exotischen Passivität der Russ*innen zu tun. Autoritäre Regime sind bestrebt, politische Aktivitäten der Bürger*innen strengstens zu kontrollieren und fördern deshalb nicht einmal Engagement, das der Staatsmacht zum Vorteil geraten könnte. So wurden der gegen den Krieg eingestellte Soziologe und Marxist Boris Kagarlitsky wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ und der für den Krieg agierende Blogger und ehemalige leitende Offizier im Krieg gegen die Ukraine Igor Girkin alias Igor Strelkow wegen „Aufrufen zum Extremismus“ verhaftet. Folglich ist es zwar von Bedeutung, das Verhalten der Bevölkerung in Bezug auf den Krieg im Blick zu behalten, doch selbsterklärend sind diese Beobachtungen nicht.

73

Was Russ*innen von sich in Umfragen preisgeben

Umfragen unter den Bedingungen einer strengen Militärzensur durchzuführen, ist ein schwieriges Unterfangen. Dennoch können sie aussagekräftig sein, solange die Kriegszensur mitbedacht wird, und die Fragenden mit kreativen Ansätzen das Miss-

4 <https://iz.ru/1415731/natalia-smirnova/pomogaiut-ne-samye-bogatye-liudi-s-nami-deistvitelno-ves-narod>

5 <https://outrush.io/eng>

6 <https://www.rferl.org/a/russia-prisoners-ukraine-war-debt-written-off/32544340.html>
und <https://www.chronicles.report/en/chapter5>

trauen der Befragten hinsichtlich „gefährlicher“ Themen zu überwinden suchen. Diesbezüglich soll auf drei Forschungszusammenhänge hingewiesen werden, die in sehr unterschiedlichem Maße parteiisch sind und methodisch sauber arbeiten, weshalb sie zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen: Das regierungsnahe Umfrageinstitut VCIOM, das Lewada-Zentrum und Chronicles. Die Unterstützung für den Krieg in der Bevölkerung stufen sie bei 68, 40 beziehungsweise 22 Prozent ein.

So sitzen im Verwaltungsrat des VCIOM Regierungsmitglieder und Angehörige der Präsidialverwaltung. Kein Wunder, dass die vom VCIOM veröffentlichte Studie ein Jahr nach Beginn des großangelegten Angriffskrieges bei der Mehrheit der Bevölkerung eine Zustimmung zur „militärischen Spezialoperation“ feststellt.⁷ Danach sprechen sich 68 Prozent dafür aus, 20 Prozent dagegen. Die direkte Abhängigkeit des VCIOM vom Staat erlaubt es nicht, diesen Angaben zu vertrauen. Kritische Beobachter*innen sind der Ansicht, dass solche, häufig von der Präsidialverwaltung in Auftrag gegebene, Umfragen weniger Forschungszwecken dienen – nämlich um herauszufinden, was Menschen tatsächlich denken –, als der Konstruktion ihrer Meinung. Gemeint ist, die Befragten zur „richtigen“ Antwort zu bewegen und so den Anschein eines gesellschaftlichen Konsens zu erwecken. Methodologisch ist dieses Vorgehen hochproblematisch, da das VCIOM den Befragten keine noch so einfallsreiche Option bietet, ihre eigene Meinung einzubringen, ohne Gefahr zu laufen, dafür strafrechtlich belangt zu werden.

Im Gegensatz dazu gilt das Lewada-Zentrum als staatlich unabhängig. Dessen sich auf die Umfrageergebnisse und deren Interpretation auswirkende ausgeprägte Skepsis gegenüber der Gesamtbevölkerung kritisieren Wissenschaftler*innen hingegen aus einer anderen Ecke. Der Gründer Jurij Lewada arbeitete seinerzeit die viel diskutierte, wissenschaftlich hingegen nicht anerkannte Konzeption des „*homo soveticus*“ heraus: ein passiver, anpassungsfähiger und unmoralischer Persönlichkeitstypus, der sich in der Sowjetunion herausgebildet habe und angeblich bis heute existiere. Das Ergebnis solcher Studien, die sogar ihre Macher*innen schockieren, kommt einer regelrechten *self-fulfilling prophecy* gleich. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass ähnlich dem kremlnahen VCIOM auch das Lewada-Zentrum direkt nach der „persönlichen Unterstützung“ der Kriegshandlungen fragt, was nach geltendem Recht eigentlich nicht offen verneint werden darf.⁸

74

7 <https://wciom.com/press-release/special-military-operation-a-year-later>

8 <https://www.levada.ru/en/2023/07/14/conflict-with-ukraine-assessments-for-late-june-2023/>

Als Resultat daraus folgt, dass 40 Prozent der Befragten das Vorgehen des russischen Militärs in der Ukraine „auf jeden Fall unterstützen“, und nur neun Prozent dies auf keinen Fall tun. Gleichzeitig änderte sich die Einstellung zum Krieg zwischen Februar 2022 und Oktober 2023 praktisch nicht. Im Unterschied zum VCIOM stellt das Lewada-Zentrum jedoch auch indirekte Fragen, die die Annahme relativieren, wonach die Kriegsgegner*innen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen.⁹ Demnach sind 30 Prozent der Befragten besorgt über den Krieg, 53 Prozent sind der Meinung, dass Friedensgespräche aufgenommen werden sollen. Angesichts der Militärzensur kommt den Antworten auf diese Frage ein wesentlich größeres Gewicht zu, als eine Reaktion auf die direkt gestellte Frage nach der Kriegsunterstützung.

Die dritte Studie, deren Vorgehensweise sich am besten eignet zur Untersuchung der Gesellschaft unter den Bedingungen militärischer Zensur, führten Soziolog*innen von Chronicles durch.¹⁰ Initiator dieser Forschungsgruppe ist der Aktivist Aleksej Minjajlo, der zwischenzeitlich für seine politischen Überzeugungen in Haft saß und sich gegen den Krieg ausspricht. Ausgehend von der Vermutung, dass direkte Fragen ein verzerrtes Bild ergeben, erarbeitete die Gruppe eine eigene Definition von Befürworter*innen und Gegner*innen des Krieges.

Befürworter*innen müssen demnach folgende drei Kriterien erfüllen:

1. sich für eine Unterstützung des Krieges stark machen,
2. angesichts des Haushaltsdefizits sich dafür aussprechen, Mittel vorrangig für die Bedürfnisse der Streitkräfte auszugeben und nicht für soziale Belange,
3. sich gegen eine Entscheidung stellen, russische Truppen aus der Ukraine abziehen und Friedensverhandlungen einzuleiten ohne Erreichen der Kriegsziele.

75

Als Gegner*innen stuften die Gruppe hingegen nur jene ein, die:

1. sich nicht für eine Unterstützung des Krieges stark machen,
2. angesichts des Haushaltsdefizits sich dafür aussprechen, Mittel vorrangig für soziale Belange auszugeben und nicht für die Bedürfnisse der Streitkräfte,
3. die eine Entscheidung befürworten, russische Truppen aus der Ukraine abziehen und Friedensverhandlungen einzuleiten ohne Erreichen der Kriegsziele.

⁹ Ebenda

¹⁰ <https://www.chronicles.report/en/chapter9>

Auf diese Weise ermittelte Chronicles, dass Kriegsbefürworter*innen mit insgesamt 22 Prozent der Befragten gegenüber 20 Prozent lediglich um zwei Prozentpunkte vor den Kriegsgegner*innen liegen. Die Mehrheit der Befragten hat keine klare Meinung. 60 Prozent sprachen sich für die Unterstützung des Krieges aus, wobei 47 Prozent Sozialausgaben zugunsten von Militärangehörigen präferierten. Gleichzeitig gaben 50 Prozent an, dass der Krieg bei ihnen Besorgnisse auslöste.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz strenger Militärensensur sogar bei den staatsnahen und methodologisch fragwürdigen Umfragen die Zahl der offenen Kriegsgegner*innen bei zwischen neun und 20 Prozent liegt. Legt man indirekte Indikatoren zugrunde, wie die emotionale Verfassung vor dem Hintergrund des Krieges oder die Befürwortung von Friedensgesprächen und den Truppenabzug, spaltet sich die Gesellschaft in zwei etwa gleich große Lager. Dennoch positioniert sich die überwiegende Masse der Bevölkerung irgendwo in der Mitte zwischen eindeutiger Pro-Kriegs-Haltung und einem klaren Contra. Dieses Phänomen lässt sich allein per Umfragen nur schwer fassen, dafür braucht es andere Methoden zur Datenerhebung.



Was Russ*innen von sich bei Interviews preisgeben

Als im Jahre 1976 in Argentinien eine Militärjunta an die Macht kam, trafen der Politikwissenschaftler Guillermo O'Donnell und seine Frau Cecilia Galli die Entscheidung, das Land zu verlassen. Um ihre Angst und die Nervosität angesichts alltäglicher Entführungen, Folter und der Ermordung argentinischer Bürger*innen zu bewältigen, begannen sie, Informationen darüber zu sammeln, wie andere Bewohner*innen von Buenos Aires jene Zeit erlebten.¹¹ Aus Angst vor einer Auslieferung an die Polizei interviewten sie lediglich Bekannte und deren Bekannte, so sammelten sie also auf diese Weise die nach eigener Einschätzung des Wissenschaftlers „unrepräsentativste Stichprobe in der Geschichte der Sozialwissenschaften“. Dank dieser unkonventionellen Methode, nämlich stundenlange vertrauliche Gespräche zu führen, waren sie jedoch in der Lage, die Gefühlswelt von in einer Diktatur lebenden Menschen nachzuvollziehen und die dahinter stehenden Motive. Von Relevanz ist, dass sie auch der Regierung loyal gegenüberstehende Bürger*innen befragten, die sich trotz dieser Einstellung mit tiefen inneren Widersprüchen herumschlügen.

76

11 https://kellogg.nd.edu/sites/default/files/old_files/documents/058_0.pdf

Ausgehend von derselben Grundannahme, wonach es unmöglich sei, angesichts der strengen Militärzensur objektive Umfragedaten zu erheben, ging eine Gruppe russischer Soziolog*innen vom Public Sociology Laboratory (PSLab)¹² nach einem ähnlichen Modell vor. Innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des großangelegten Angriffskrieges gelang es dem PSLab-Team 300 Interviews aufzuzeichnen bei einer durchschnittlichen Dauer von jeweils einer Stunde – darunter mit Kriegsbefürworter*innen, Kriegsgegner*innen und jenen, die keine klare Meinung vertreten. Alle Gespräche wurden anonymisiert, den Interviewpartner*innen war es gestattet, Kameras auszuschalten und Antworten auf jede beliebige Frage ohne Nennung von Gründen zu verweigern. Die somit erhaltenen Angaben legten komplexe moralische Dilemmata der in Russland lebenden Menschen offen und lieferten Hinweise auf ihre angestrenzte Suche nach einem Ausweg.

In einem analytischen Text des Teams heißt es:

„Viele Russ*innen waren geschockt als die „militärische Spezialoperation“ am 24. Februar 2022 begann. Sie konnten sich nicht vorstellen, wie ein Angriff Russlands auf die Ukraine überhaupt möglich war. Die militärische Aggression gegen die „Brüdernation“ stand in Widerspruch zu ihren moralischen Maßstäben [...]. Überraschenderweise erlebten Gegner*innen und Nicht-Gegner*innen des Krieges die ersten Tage oft auf ähnliche Weise. Doch allmählich legte sich bei den zukünftigen Nicht-Gegner*innen der Schock wieder. Mit Hilfe diverser rhetorischer Strategien überzeugen sie sich selbst von der Unvermeidlichkeit der „Spezialoperation“ [...]. Dieses Vorgehen erlaubt es den Nicht-Kriegsgegner*innen das Vorgehen der Staatsführung mitzutragen und trotzdem „normale“ und „vernünftig denkende“ Menschen zu bleiben. Dennoch hegen sie in Bezug auf den Krieg keinerlei positive Gefühle. [...] Im Herbst und Winter 2022 empfinden die meisten Informant*innen vor dem Hintergrund des sich in die Länge ziehenden militärischen Konflikts Angst und Besorgnis. Diese Angst gewinnt an Intensität, als im September 2022 die Teilmobilmachung ausgerufen wird, und weicht bereits nach wenigen Wochen wieder einer im Hinterkopf mitschwingenden prickelnden Unruhe.“¹³

Offensichtlich ist die weitverbreitete Meinung einer blinden und bedingungslosen Unterstützung des Krieges durch die russischen Bevölkerung weit gefehlt. Die Sozio-

¹² <https://publicsociology.tilda.ws/about>

¹³ <https://ochevidcy.com/en/smiritsya-s-neizbezhnostyu-kak-rossiyane-opravdyvayut-voennoe-vtorzhenie-v-ukrainu/>



log*innen des PSLab stellen fest, dass die Informant*innen einen Weg zur Rechtfertigung des Kriegs finden, indem sie einfach sagen – und das nicht ganz ungerechtfertigt –, dass der Ausbruch des Krieges jenseits ihres Einflussbereiches lag. Auf ähnliche Weise argumentieren männliche Gesprächspartner hinsichtlich der sie direkt betreffenden Mobilmachung. „Fatalismus“ ist die am häufigsten anzutreffende Einstellung zu der gegenwärtigen Situation. Somit lässt sich feststellen, dass die Russ*innen eine komplette Unfähigkeit verspüren, auf die Geschehnisse Einfluss zu nehmen und sich gezwungen fühlen, das „Unvermeidliche zu akzeptieren“.¹⁴

Die Mitglieder des Forschungsteams räumen ein, dass sie aufgrund der Veränderungen an der Front und im Hinterland erwartet hatten, dass sich auch die Ansichten der Russ*innen über den Krieg ändern würden.¹⁵ Diese Erwartungen bestätigten sich indes nur teilweise. Einerseits äußerten sich die Russ*innen nach Ausrufung der Teilmobilmachung im Herbst 2022 keineswegs enthusiastisch über die Aussicht, für einen Fronteinsatz eingezogen zu werden oder Angehörige an die Front zu schicken. Andererseits haben die Ausrufung der Teilmobilmachung und militärische Niederlagen der russischen Streitkräfte die russische Bevölkerung keineswegs zu einem Umdenken hinsichtlich des Krieges an sich geführt. Darüber hinaus begann ein Teil der Informant*innen über ein Gefühl der Verbundenheit mit der Heimat zu sprechen. Deshalb wünschen sie sich zwar das Kriegsende herbei, wollen jedoch gleichzeitig die Interessen Russlands gewahrt wissen – worin auch immer diese bestehen. Schließlich machten Russ*innen ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn Gründe aus für umkehrbare Rechtfertigungen. Einer der Informant*innen gibt zu verstehen:

„Und das Allerschrecklichste ist doch, was uns bestätigt, womit wir es zu tun haben und gegen Nazismus und Faschismus kämpfen – das sind die Videoaufnahmen von der Hinrichtung von Zivilisten. Also die Erschießung von Zivilisten, deren Ermordung in diesen verlassenen Gebieten. Also das sagt uns doch, dass wir letztlich mit gutem Recht kämpfen. Und die „militärische Spezialoperation“ ist also rechtens.“ (männlich, 43 Jahre, Beruf unbekannt)¹⁶

Im Interview erzählen die Befragten auch über ihren Medienkonsum. Es stellte sich heraus, dass die Nicht-Kriegsgegner*innen, die gemeinhin als Propaganda-Opfer

¹⁴ <https://ridl.io/fatal-ist-support-for-war/>

¹⁵ <https://re-russia.net/en/expertise/060/>

¹⁶ Ebenda

gelten, dem Großteil der Medien misstrauen, staatliche Medien eingeschlossen. Dennoch beziehen sie Nachrichten aus prorussischen Medien im Bewusstsein, dass jegliche Berichterstattung parteiisch und die Wahrheit für Normalbürger*innen ohnehin nicht zugänglich sei. Im Gegensatz dazu sind Kriegs-Gegner*innen der Ansicht, dass es wahrheitsgetreue Berichterstattung gebe, und sie vertrauen im Wesentlichen den Oppositionsmedien. Die Kombination aus Hilflosigkeit und Misstrauen gegenüber jeglicher Information liegt dem zugrunde, was Soziolog*innen als „entpolitisierte Kriegsunterstützung“ bezeichnen.

Abgesehen von der inneren Unruhe und der Schockreaktion sind sich alle Informant*innen, unabhängig von ihrer Einstellung zum Krieg, in ihrer Einschätzung von Protesten einig. Erstaunlicherweise halten sogar Teilnehmende an Antikriegsprotesten, ganz zu schweigen von den Kriegsanhänger*innen, die Proteste hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten auf die Staatsführung für völlig nutzlos. Kriegsbefürworter*innen argumentieren mit dem repressiven Charakter:

„Eine Gefahr stellen diese Kriegskundgebungen in erster Linie für die Leute dar, die daran teilnehmen, denn sie nehmen wahllos alle mit.“ (männlich, 27 Jahre, Büroangestellter)¹⁷

Dabei hegten auch jene, die sich trotz erheblicher politischer und gesundheitlicher Risiken an Protesten beteiligten, keine Hoffnungen den Krieg durch ihre Handlungen zu stoppen. Sie ließen sich von Moralvorstellungen leiten, nicht von pragmatischem Kalkül. Zur Anschauung sind hier einige Aussagen von Protestteilnehmer*innen aufgeführt, die die Soziolog*innen unter anderem auch während verbotener Antikriegskundgebungen aufzeichneten:

- „Ich gehe auf die Straße, weil ich nicht einfach nicht auf die Straße gehen kann.“
- „Ich wollte nicht einfach kommentarlos zu Hause sitzen bleiben.“
- „Ich mache mir nichts vor, dass das hier etwas ändert, dass der Krieg aufhört, dass der Staat uns erhört.“
- „Ich will vor allem, dass die Welt uns hört und sieht, und auch der Rest der russischen Bevölkerung, damit die Leute verstehen, dass nicht alle einverstanden sind, und dass wir viele sind.“

80

¹⁷ http://publicsociology.tilda.ws/war_report

- „[Ich bin rausgegangen,] um etwas zu beweisen, sowohl der ukrainischen, als auch der russischen Gesellschaft, als auch mir selbst, damit ich mich wenigstens nicht schämen muss und mein Gesicht später im Spiegel betrachten kann.“¹⁸

Es ist augenscheinlich, dass verschärfte Repressionen sich auf die Intensität der Proteste auswirkten. Daraus lässt sich jedoch nicht folgern, dass alle Zweifler*innen und Kriegsgegner*innen sich deshalb in Befürworter*innen verwandelt hätten.



Fazit. Lehren und Analogien

Der aktuelle Krieg regt dazu an, nicht nur über Russland nachzudenken. Während des Zweiten Weltkriegs existierte wie heute auch eine Partisan*innenbewegung.¹⁹ Damals tat ein erheblicher Teil der Bevölkerung so, als ginge sie weder der Krieg, noch die Ermordung Unerwünschter etwas an. Ist es angebracht, in einer Diktatur lebende Menschen für ihren unzureichenden Widerstand und ihre Versuche zu verurteilen, sich mit dem abzufinden, was außerhalb ihres Einflussbereichs liegt? Diese Frage ist zumindest eine Diskussion wert. Sicher sagen lässt sich hingegen in Anlehnung an Willy Brandts „Hitler ist nicht Deutschland“, dass Putin nicht Russland ist. Das Ansehen von Diktatoren wird dadurch gestützt, dass sie ihre Rival*innen beseitigen und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen. Daher kann die passive und widersprüchliche Unterstützung brutaler Diktaturen durchaus weniger besorgniserregend sein, als der aufrichtige Zuspruch zu autoritären und neofaschistischen Kräften in funktionierenden Demokratien wie Deutschland oder Frankreich.

81

Die praktische Schlussfolgerung der vorliegenden Ausführungen besteht darin, dass die Politik der europäischen Länder sich vom Gedanken der Solidarität mit Russ*innen leiten lassen sollte, anstatt sie per se mit dem kriminellen Regime gleichzusetzen. Eine solche Solidarität erfordert jedoch ein Grundverständnis der Bedingungen, unter denen die russische Gesellschaft existiert, wie sich politischen Ansichten in ihr herausbilden und was sie bewirken. Zumindest aber wäre es angebracht, endlich mit der Behauptung aufzuräumen, dass es in Russland keine Proteste gebe. Der vorliegende Text macht deutlich, dass sich Russland insbesondere

¹⁸ Ebenda

¹⁹ <https://doxa.team/news/2023-09-21-partisan>

seit Beginn und der Ausweitung des Krieges in der Ukraine in eine vollwertige Diktatur verwandelt hat, inklusive einer kompletten Abschaffung der Meinungsfreiheit, insofern die eigenen Ansichten von der offiziellen Haltung abweichen. Die Art und Weise sowie das Ausmaß an „Zuspruch“ für den Krieg müssen vor diesem Hintergrund auf den Prüfstand gestellt werden. Ob 68 oder 22 Prozent der russischen Bevölkerung den Krieg „tatsächlich“ befürworten, erfahren wir erst, wenn kritische Haltungen zum Krieg entkriminalisiert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt bleibt zu hoffen, dass die in der Topographie des Terrors dargestellten Ereignisse ihre historische Singularität beibehalten. 

Nikolai Naumov

ist Soziologe und Teil des

Public Sociology Laboratory (PSLab).

AN DIE DEUTSCHE LINKE



Von notorischem Desinteresse und inhaltsleerer Rhetorik

Im vergangenen Frühjahr wurde bekannt, dass die Verwaltung der Strafkolonie, in der zu dem Zeitpunkt der russische linke Aktivist und Mathematiker Azat Miftakhov in Haft saß, unter seinen Mitgefangenen das Gerücht gestreut hat, er sei bisexuell. In der russischen Gefängnishierarchie bedeutet dies, dass er als „Aussätziger“ gilt, mit dem kein anderer Häftling nicht einmal ein Wort wechseln wird, und dessen Leben weniger als eine Packung Zigaretten wert ist. Azat Miftakhov ist ein politischer Gefangener, der im Gefängnis gelandet ist, weil er angeblich ein Fenster eines Büros der Partei Einiges Russland zerschlagen haben soll. Dafür liegen keine direkten Beweise vor. Um eine belastende Aussage von ihm zu erwirken, wurde Azat von der Polizei gefoltert. Damit ist er eines der Opfer unzähliger Säuberungswellen innerhalb der linken Bewegung. Vier Monate nach Streuung der Gerüchte sollte seine Haftentlassung erfolgen, aber schon damals bestand die Befürchtung, dass gegen ihn ein weiteres Verfahren eingeleitet wird, und er im Gefängnis bleibt. So kam es dann auch.

83

Die russische Gefängnishierarchie ist in den Augen der Staatlichkeit kein negatives Phänomen, das es zu bekämpfen gilt. Ganz im Gegenteil. Es wird instrumentalisiert, um Häftlinge zu kontrollieren, und ist fester Bestandteil der Gesellschaftsordnung. Wenn russische Warlords, wie der verstorbene Jewgenij Prigoschin, das Wort „Hahn“ als Bezeichnung für jemanden benutzen, der ihnen nicht gefällt, meinen sie damit diese Kaste der „Aussätzigen“. Anfang Juni traf es sogar den Lebensgefährten der Tochter des russischen Verteidigungsministers Alexej Stoljarow. Bei einer Talk Show auf dem Sportfernsehsender Match-TV erntete der Fitness-Blogger mit populärem Account auf Instagram derartige Vorwürfe von einem anderen Teilnehmer der Sendung, weil er angeblich gleichgeschlechtliche Beziehungen propagiere.

All das führe ich hier an, weil ich bei Teilen der deutschen Linken ein verheerendes Unverständnis darüber festgestellt habe, was die russische Politik ausmacht, und auf welchen Voraussetzungen die Invasion vom 24. Februar 2022 beruht. Die an das Prinzip der Solidarität zwischen unterschiedlichen, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Staat benachteiligten oder unterdrückten Gruppen gewöhnte deutsche Linke scheint nicht wirklich zu begreifen, welch fatale Dimensionen das Unheil im postsowjetischen Russland angenommen hat. Für viele war der Krieg ein Schock, doch hat es den Anschein, dass lediglich die Bewohner*innen der beiden kriegsführenden Länder eine wirkliche Vorstellung davon besitzen, welche Ziele Russland verfolgt, und wogegen sich die Ukraine zur Wehr setzt.



Als Linker in der Lokalpolitik

Mein Name ist Vitaliy, bis Juni 2023 war ich Bezirksabgeordneter im russischen Sankt Petersburg. Ohne rechtliche Grundlagen wurde mir mein Mandat entzogen und ich zum sogenannten „ausländischen Agenten“ erklärt. Darüber hinaus zähle ich mich zur Opposition, und gleichzeitig stehe ich politisch links. Zu meinem Bedauern wird die russische linke Bewegung selten mit der Opposition gegen Wladimir Putin assoziiert, wenngleich diese Tendenz in den vergangenen Jahren im Wandel begriffen ist. In der Öffentlichkeit tauchen immer häufiger Namen linker Politiker*innen auf, wie Michail Lobanow oder Jewgenij Stupin. Dem liberalen Flügel der russischen Opposition fehlt es leider sowohl an sozialer Sensibilität als auch an einem kritischen Verständnis dessen, wie und warum der demokratische Durchbruch zu Zeiten der Perestroika bereits Ende der 1990er Jahre in ein Bedürfnis nach Revanchismus überging. Seither ist allerdings eine neue Generation politischer Oppositioneller herangewachsen, die auf eine von Gerechtigkeit, Gleichheit und einer echten Demokratie bestimmten Zukunft hinarbeitet.

Dafür bin ich ein passendes Beispiel. Als ich 2019 bei der Wahl kandidierte, war ich überaus vorsichtig damit, meine theoretisch erworbenen politischen Ansichten in der Öffentlichkeit preiszugeben. Ich war vor allem darauf erpicht, den Menschen zuzuhören, ohne ihnen ein fertiges Weltbild vorzusetzen. Mit jedem weiteren Monat meiner Tätigkeit festigte sich meine Überzeugung, dass meine ursprüngliche Intention, als Linker aufzutreten, richtig war. Zunächst war sie rein abstrakter Natur, doch der tagtägliche direkte Austausch mit den Bewohner*innen meines Bezirks half mir dabei, mich zur sortieren und letztlich sogar das Rätsel des Putinschen Regierungssystems zu knacken. Dem liberalen Mainstream folgend dachte ich, dass es sich um einen repressiven Staat handele, in dem Kapital und Bürger*innen angesichts von allpräsenter Gewalt und Angst in gleicher Weise entrechtet seien. Ein gewaltiger Irrtum.

Das Kapital ist immanenter Bestandteil von Putins Russland. Grenzen zwischen der politischen Klasse, korrupten Beamt*innen und der Geschäftswelt verschwimmen bis zur Unkenntlichkeit, sodass die Steuerung des Staatswesens per se zum Bestandteil allein der Bereicherung dienender Geschäftspraktiken verkommt.

Ungezügelter Neoliberalismus im historischen Endstadium

Nach meinem Kenntnisstand verstehen viele den Krieg in der Ukraine als Konfrontation zweier Imperialismen – der NATO und Russland. Dementsprechend ließe sich Gerechtigkeit nur durch einen schnellen Friedensschluss herstellen, und sei es zu Putins Konditionen. Diese Logik basiert darauf, dass die Hauptlast des Krieges Arbeiter*innen und das Prekariat zu tragen hätten, während sich die Vertreter*innen der politischen Eliten sowohl Russlands als auch der Ukraine regelrecht auf einer Spielwiese austoben und einen Kampf um Ressourcen und Einfluss in der Region führten. Es gibt sogar die Position, wonach Putin dem „kollektiven Westen“ und einer bürgerlichen Ordnung trotze.

Doch wer an solchen Humbug glaubt, den muss ich enttäuschen. Wladimir Putin ist ein Abkömmling dieser bürgerlichen Ordnung, und was wir in Russland beobachten, ist eine eklektische Kombination aus dem wilden Neoliberalismus der 1990er Jahre, dem Imperialismus im Stil Ronald Reagans und der Unterdrückung jeglicher abweichender Meinungen nach dem geistigen Vorbild Joseph Stalins. Mit Panzern und Raketen hat er innerhalb von zehn Jahren dreimal die ukrainische Grenze durchbrochen, nicht weil ihn „die NATO provoziert hat“, sondern weil sich in diesem Vorgehen die soziale Logik der russischen Bourgeoisie manifestiert.

85 Tatsache ist, dass sich die russische Bourgeoisie aus zwei dominanten Gruppen zusammensetzt: der Bourgeoisie kapitalistischen Typs (einer vom Staat relativ unabhängigen Unternehmer*innenklasse) und zahlreichen Nutznießer*innen korrupter Geschäftsmodelle (mit dem Staat verbundene Geschäftsleute, Beamt*innen und *siloviki*, also Angehörige des Sicherheitsapparates). Für die zweite, zahlenmäßig weitaus größere Gruppe geht es bei dem aktuellen Krieg nicht um Menschenleben und auch nicht um ideologische Fragen, sondern um nichts anderes als grenzenlose Bereicherung. Mir ist klar, dass sich genau die gleiche Aussage treffen lässt in Bezug auf alle Vertreter*innen der Rüstungsindustrie in der kapitalistischen Welt, doch ist es nun einmal so, dass ausgerechnet diese Leute heute in Russland an der Macht sind. Sie sind kein Teil des Staates, sie sind der Staat.

Bei der gegenwärtig in Russland geltenden Gesellschaftsordnung handelt es sich um einen ungezügelten Neoliberalismus im historischen Endstadium. Wir sehen,



FREE
AZAT



НА ПОЛТАВУ

НАРДОВЕРНА.ИФН

wie in Russland alle Kosten des Krieges auf die einfachen russischen Arbeiter*innen abgewälzt werden, insbesondere aus den ärmeren Regionen: Sie sind es, die vorzugsweise in die Armee eingezogen werden, es sind ihre Arbeitsplätze, die als erste wegfallen, und es sind ihre Löhne, die nicht bezahlt werden. Länder mit einer stärker entwickelten Zivilgesellschaft bekämpfen diese Erscheinungsformen des Raubkapitalismus. Selten lässt sich dieser Kampf als revolutionär bezeichnen, doch er mildert die Härte und macht dem und der Einzelnen das Leben leichter. Es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen, ob die Höhe des Arbeitslosengelds in Deutschland angemessen ist, Tatsache ist, dass der Betrag über dem Großteil der russischen Gehälter liegt.

Eben diese Gesellschaftsordnung will Russland auf die benachbarte Ukraine übertragen. Die Frage nach dem Umgang mit der NATO stand für Putin immer zur Debatte, im Unterschied zum Umgang mit persönlicher Loyalität und der Reichweite seiner Macht in der Region. Zu glauben, dass sich Putin von einer möglichen NATO-Osterweiterung provozieren ließ, ist von Grund auf falsch. Für ihn ist jegliche Anmaßung, sein vermeintliches Recht darauf in Frage zu stellen, anderen seinen Willen aufzudrängen, eine Herausforderung. Putin stellt bereits seit 23 Jahren allen unter Beweis, dass er nur die Sprache der Gewalt versteht.

Wir russischen Politiker*innen und Aktivist*innen kennen diesen Kontext nur allzu gut, denn an uns experimentiert der Staat die ganze Zeit über. Wem der Fall Azat Miftakhov wenig aussagekräftig erscheint, kann sich mit Sascha Skotschilenko befassen, der Aktivistin, die zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, weil sie in einem Supermarkt Preisschilder gegen kaum sichtbare Antikriegsbotschaften ausgetauscht hat. Oder mit dem Bezirksabgeordneten Alexej Gorinow, meinem Moskauer Kollegen, der sieben Jahre in einer Strafkolonie verbringen muss, weil er das Wort „Krieg“ benutzt hat.

Längst hat der Neoliberalismus sich die Postmoderne zu eigen gemacht, weshalb alles, was die russische staatliche Medienmaschinerie produziert, voller Widersprüche ist. Wladimir Putin ist längst nicht mehr darauf aus zu beweisen, dass er im Recht sei, denn vermutlich ist ihm durchaus bewusst, dass die hässliche Mischung aus der gegenwärtigen menschenverachtenden Wirtschaftspolitik und einem von Militarismus durchsetzten Imperialismus wenig Anziehungskraft besitzt. Deshalb kreiert er eine Situation, in der alle politischen Differenzen und Verfahrensweisen, um die sozialen Grundlagen des politischen Handelns eindeutig herauszuarbeiten, gleichsam im Nichts verschwinden. Auch wenn man den US-amerikanischen Imperialismus und die NATO noch so oft kritisiert, und die Kritik noch so berechtigt

ist, bleibt der Erkenntnisgewinn aus. Nur wenn die Kritik an der herrschenden Ordnung inhaltlich fundiert und gut durchdacht ist, befähigt sie ein breites Spektrum dazu, sich zu organisieren und für die eigenen Rechte einzustehen.

Putin scheint diese Lektion gelernt zu haben, weshalb er Begriffe wie NATO, Kolonialismus und amerikanischer Imperialismus als abstrakte und inhaltsleere Worthülsen anbringt. Gleiches gilt für die sozialen Grundlagen seiner Macht, die ebenfalls nur in Form von Allgemeinplätzen benannt werden: Arbeiter*innen hoffen auf Lohnerhöhungen, Beamte*innen und Geschäftsleute auf Erhalt des Status Quo, die hinter dem Staat stehende Bildungsschicht erkennt in Putin den „eigentlichen Westler“, der umsetzt, was der Westen für sich nur scheinheilig auf die Fahnen geschrieben hat. Letztlich jedoch macht es ohnehin keinen Sinn, Wackelpudding, dessen einzige artikuliert politische Botschaft in der Aussage besteht „Wir sind die Macht und dies ist die natürliche Ordnung der Dinge“, inhaltlich zu kritisieren.

Keine linke Antwort auf den Putinismus

Gleichzeitig sollten wir nicht dem Gedanken anhängen, dass der russische Imperialismus weit weg sei. Nein, ist er nicht. Zu Beginn der Invasion haben wir, Aktivist*innen und Politiker*innen, noch darüber Witze gerissen, dass Propaganda die einzige schlagkräftige Einheit der russischen Armee darstelle. Dabei bleibt sie nicht zwingend auf ein bestimmtes Territorium beschränkt. Im Austausch mit völlig unterschiedlichen Menschen in Deutschland ist mir aufgefallen, dass diese Propaganda auch hier gewisse Erfolge erreicht hat. Aufgrund ihrer Wandelbarkeit und des Fehlens einer klaren politischen Positionierung hat sie freie Hand, die finanziellen Ressourcen reichen ohnehin noch eine Weile.

Hiermit ergibt sich ein riesiges Feld zur Interpretation aktueller Ereignisse und manipulativen Meinungsbildung. Gibt es im linken Spektrum immer noch keine Zweifel? Bitte sehr, auf Russia Today interviewt Slavoj Žižek Julian Assange, dabei würden diese beiden Männer recht schnell auf die Liste der politischen Gefangenen in Russland geraten. Der russische Imperialismus hat Deutschland weitaus mehr in Beschlag genommen, als allen lieb sein dürfte, und durchdringt das Land viel tiefer als der wohlbekannte amerikanische. Er war dazu fähig, beinahe 140 Millionen Russ*Innen zu entpolitisieren. Ihr glaubt doch nicht ernsthaft, dass 83 Millionen deutscher Bürger*innen diesem Schicksal entkommen?

Gegen diese Ordnung der Dinge setzt sich die Ukraine heute zur Wehr. Sicherlich hat die Ukraine im Inneren selbst haufenweise mit Problemen und Widersprüchen zu kämpfen, doch all diese Widersprüche sind nichts im Vergleich zum neuen GULAG-System, das Putin für das Land vorgesehen hat. Dieser GULAG kommt ohne Stacheldraht aus. Stattdessen wird es dort Kaufhäuser geben, innerhalb der Familien darf auf Ukrainisch kommuniziert werden, wem die neue Ordnung nicht gefällt darf das Land verlassen, und irgendwann wird dort sogar eine Olympiade stattfinden, und ein gealterter Putin wird Freudentränen über seinen neuen Palast vergießen. Doch das ändert nichts daran, dass es sich um einen GULAG handelt. Gewerkschaften sind darin genauso verboten wie Demonstrationen und vom Staat nicht kontrollierte Medien, und kriminalisiert werden jegliche Formen sexueller Orientierung außer der „traditionellen“.

Im Oktober 2022 sah ich mich wegen meiner Antikriegsarbeit und auf Druck des russischen Staatsschutzes gezwungen, mit einem humanitären Visum nach Deutschland überzusiedeln. Seither lebe ich hier. Ich geriet ehrlich gesagt etwas aus der Fassung, weil sich deutsche Genoss*Innen kaum von dem größten chauvinistischen Versuch seit Mitte des 20. Jahrhunderts, Revanche zu nehmen, beeindruckt zeigten. Ich habe Debatten über das 9-Euro-Ticket, darüber, welch schlechtes Bündnis die NATO darstellt, und welchen über den von Sahara Wagenknecht verbreiteten, gegen Migration gerichteten Unsinn man erlebt. Doch ich habe kaum ernsthaft an einer Auseinandersetzung interessierte deutsche Linke getroffen. Weder Fragen der praktischen internationalen Solidarität scheinen sie zu bewegen, noch die Suche nach einer angemessenen linken Antwort auf den Putinismus – wenn schon nicht für die Ukraine oder Russland, so doch wenigstens für die deutsche Gesellschaft. Ehrlich gesagt hat sich bei mir der Eindruck gefestigt, dass der Großteil der linken Kräfte in Deutschland sich längst mit der eigenen bescheidenen Existenz abgefunden hat und bemüht ist, „nicht global zu denken“. Stattdessen ziehen sie sich mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten lieber auf die lokale politische Ebene zurück. ✨

Vitaliy Bovar

ist Historiker und war bis zu seiner erzwungenen Übersiedlung nach Deutschland als linker Bezirksabgeordneter in Sankt Petersburg aktiv



Frieden für die Ukraine, Freiheit für Russland



